



STUDIERENDENPARLAMENT

Das Präsidium

c/o AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Gebäude 25.23.U1 - Universitätsstraße 1 - 40225 Düsseldorf
Tel.: 81-13281 (Sekretariat) - Fax: 81-13290 - E-Mail: sp@asta.hhu.de

Das Protokoll ist nicht fristgerecht bekannt gemacht worden.

Vorläufiges Protokoll der 13. Sitzung des Studierendenparlamentes der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in der Wahlperiode 2019/2020

am 13. und 20. Juli 2019

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitsliste (1. Teil)	3
0 Regularia	3
1 Antrag: „Finanzielle Unterstützung für die Medizinische Flüchtlingshilfe“	8
2 Antrag: „Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit“	10
3 Bestätigungen	14
4 Wahl eines 3. stellvertretenden AStA-Vorstandes	16
5 Antrag: „Neufassung der Geschäftsordnung“	16
6 Anfrage: „Arbeit des TINby-Referat im aktuellen Semester“	25
7 Anfrage an das Referat für Hochschulpolitik	26
Anwesenheitsliste (2. Teil)	29
0 Regularia	29
8 Bestätigungen II	31
9 Anfrage an den AStA-Vorstand	32

10Anfrage: „Beschluss des Bundeskongresses von ‚Die Linke.SDS‘: Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!“	33
11 Berichte	33
11.1 des AStA-Vorstandes	33
11.2 des Präsidiums	38
11.3 aus sonstigen Gremien, Ausschüssen und Referaten	39
12Antrag: „Erlass der Mahngebühr für den Semesterbeitrag“	39
13Antrag: „Hilfen für die Bezahlung des Sozialbeitrages bekannt machen“	40
14Antrag: „Verlängerung der Rückmeldefrist“	41
15 Wahl eines studentischen Mitglieds und eines stellvertretenden studentischen Mitglieds in die Arbeitsgruppe „Online-Wahlen“ der Universität	42
15.1 Wahl eines Mitgliedes	42
15.2 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes	44
16Antrag: „Änderung der Regelungen für die Mailverteiler des SP unter Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06“	45
17Antrag: „Livestream Ausstattung für das SP“	46
18Antrag: „1 Standdrucker für den AStA-Flur“	47
19Antrag: „2 Tischdrucker für den AStA“	48
20Antrag: „Datenschutzpaket für den AStA“	48
21 Stimmungsbild der Studierenden zur Lehre im Wintersemester	48
22 Verschiedenes	49
Mitteilungen des Präsidiums	50
Anträge	51
Anfragen	54
Beschlüsse	64

1. Teil am 13. Juli

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Fraktion „Campusgrün“ (CG) [4/4]:

Daniel Laps, Julia Göhler, Melissa Schulz, Lara Volkmer

Fraktion „die Linke.sds“ (SDS) [2/2]:

Robin Bitter, Fabian Korner

Fraktion „Juso Hochschulgruppe“ (Juso) [4/4]:

Mahyar Ghavami, Lukas Moll, Joshua Pätzold, Simon Sommer

Fraktion „LHG - die Liberalen“ (LHG) [2/2]:

Christian Bruns, Eira Dengel

Fraktion „RCDS - die studentische Mitte“ (RCDS) [3/4]:

Sebastian Happel, Rebecca Hermans, Ronja Immelmann

Abwesend:

Entschuldigt: Alexandra Bitschinski (RCDS), Rebecca S. (AStA-Vorstand)

Beginn der Sitzung

[18:21 Uhr: Christian B. eröffnet als SP-Präsident die Sitzung.]

[Die Protokollführung übernimmt Daniel L. als stellvertretender SP-Präsident.]

[Es sind 15 Parlamentsmitglieder anwesend.]

[Melissa S. (CG) nimmt digital an der Sitzung teil.]

TOP 0 Regularia

[18:21 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung wird festgestellt.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Das Präsidium gibt die Benennungen und Rücktritte für Ausschüsse und Arbeitskreise des SP seit der letzten Sitzung bekannt.¹

Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der 11. SP-Sitzung

Abstimmung: Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der 11. Sitzung der Wahlperiode 2019/2020

Dafür: 14

Enthaltungen: 1

¹siehe unter Mitteilungen des Präsidiums

Dagegen: 0

Der öffentliche Teil des Protokolls der 11. SP-Sitzung ist genehmigt.

Genehmigung des nicht-öffentlichen Teils des Protokolls der 11. SP-Sitzung

Christian B. (LHG) gibt für das Präsidium bekannt, dass im nicht-öffentlichen Teil an einer Stelle die Fraktionsbezeichnung von Lukas M. nicht korrekt ist. Dieser Fehler wird in der genehmigten Version berichtigt.

Abstimmung: Genehmigung des nicht-öffentlichen Teils des Protokolls der 11. Sitzung der Wahlperiode 2019/2020

Dafür: 14

Enthaltungen: 1

Dagegen: 0

Der nicht-öffentliche Teil des Protokolls der 11. SP-Sitzung ist genehmigt.

Genehmigung des Protokolls der 12. SP-Sitzung

Abstimmung: Genehmigung des Protokolls der 12. Sitzung der Wahlperiode 2019/2020

Dafür: 14

Enthaltungen: 1

Dagegen: 0

Das Protokoll der 12. SP-Sitzung ist genehmigt.

Genehmigung der Tagesordnung

Änderungsantrag: „Aufnahme des Antrages ‚Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit‘“ von Christian Bruns (LHG)

Aufnahme des Antrages „Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit“ nach TOP 1.

Maide I. (LesBi-Referat): „Es sind euch bereits Anmerkungen zugegangen, wie ich gehört habe. Wir würden auch darum bitten den Antrag heute nicht zu behandeln. Der Antrag kam erst gestern mit der Begründung rein, dass man erst kurzfristig nach Antragsschluss als Fraktionen – Campusgrün und LHG – von der Dringlichkeit erfahren habe. Dem würden wir stark widersprechen: Zunächst einmal wurde es auf der letzten SP-Sitzung berichtet: Spätestens da sollte euch das bekannt gewesen sein. Zweitens betont der Vorstand ja auch, dass das seit Januar eine Problematik darstellt und deswegen würden wir stark widersprechen wollen und darum bitten den Antrag zu verschieben, zumal das zuständige Referat – das Referat für Barrierefreiheit – gar nicht hier ist und wir hier jetzt nicht alle autonomen Referate repräsentieren.“

Fabian K. (SDS) spricht sich ebenfalls dagegen aus den Antrag auf der heutigen Sitzung zu behandeln.

Daniel L. (CG): „Erst einmal zur Dringlichkeit: Für meine Fraktion kann ich sagen, dass uns nicht bekannt war, dass die Schlösser zeitnah ausgetauscht werden, das wurde so auf der letzten Sitzung auch nicht berichtet und ist eine neue Information. Das führt dazu, dass es bis zur nächsten Sitzung, die ja erst am 31. August stattfindet – also noch ganz schön lange hin –, sein kann, dass das Referat für Barrierefreiheit keinen Raum mehr hat und unter der Maßgabe können wir aus meiner Sicht den Antrag nicht vertagen. Wenn in vier Wochen die Schlösser ausgetauscht werden, hat das Barrierefreiheit keinen

Raum mehr. Das ist ein Zustand der aus unserer Sicht nicht hingenommen werden kann, zumal aus unserer Sicht ein Raum zur Verfügung stehen würde.“

Iman A. (Frauenreferat) weist darauf hin, dass zur Zeit Klausurenphase ist und daher vielen Referent*innen nicht kommen könnten. Sie verstehe nicht, wieso das Barrierefreiheit keinen Raum mehr hat, wenn die Schlösser ausgetauscht werden. Das Referat könne ja auch einen neuen Schlüssel erhalten.

Lara V. (CG) erklärt für den AStA-Vorstand, dass nach Aussage des Datenschutzbeauftragten eine Nutzung des Raum nach dem Schlosswechsel nicht mehr zulässig ist.

Christian B. (LHG) dankt Lara für den Wortbeitrag, macht aber als Sitzungsleitung darauf aufmerksam, dass für eine Wortmeldung das Wort von ihm erteilt werden muss.

Maide I. (LesBi-Referat): „Das ist sehr bedauerlich. Daniel, du bist mit Lara in einer Fraktion. Wie kann es überhaupt sein, dass ihr euch gegenseitig nicht Bericht erstattet? Genauso wenig wussten wir, dass dieser Schlösserwechsel dazu führt, dass das Barrierefreiheit aus ihren eigenen Räumen ausgeschlossen wird. Das wurde so nicht kommuniziert und so auch nicht dem Referat für Barrierefreiheit kommuniziert, dann hätten die, glaube ich, ganz anders gehandelt. Ich finde die Konsequenz von dieser ganzen Kommunikation – nenne ich die jetzt mal – bzw. das Nicht-Vorhandensein von Kommunikation darf jetzt nicht sein, dass jetzt hier auf der SP-Sitzung irgendein Antrag beschlossen wird, obwohl das Barrierefreiheitsreferat gar nicht anwesend ist.“

Rebecca H. (RCDS) sagt, sie verstehe die Bedenken und fragt Maide nach Alternativen. Antwort Maide I. (LesBi-Referat): „Da die Sachen vom Barrierefreiheitsreferat bereits sowieso schon im Frauenreferat liegen, übrigens ohne Zustimmung des Barrierefreiheitsreferat, ist das Referat sowieso schon draußen. Der Unterschied ist jetzt einfach, dass sie jetzt einen Schlüssel haben und später keinen Schlüssel mehr haben. Corona-bedingt können die Räume sowieso nicht genutzt werden. Deswegen ist es nicht schlimm, aber grundsätzlich sollte das geändert werden, aber wir müssen es nicht jetzt ändern, weil jetzt gerade der Raum nicht genutzt wird, weder vom Frauenreferat noch vom Barrierefreiheitsreferat. Es ist nicht toll, aber es ist gerade Okay, weil der Raum nicht dringend benötigt wird. Ich fände es cooler, wenn in den nächsten Wochen ein Runder Tisch oder ähnliches stattfindet bei dem sich in Ruhe mit der Thematik befasst werden kann.“

Daniel L. (CG): „Nach meiner Information sitzt das Barrierefreiheit noch im Finanzreferat. Fragezeichen! Die Aussage von Maide deckt sich nicht mit der Aussage, die ich vom Vorstand erhalten habe.“

Lara V. (CG) sagt, dass Sachen des IT-Referat aus dem Workspace in das Finanzreferat geräumt werden mussten. Aus diesem Grund seien Sachen des Referat für Barrierefreiheit auf einem Rollwagen in das Frauenreferat gefahren worden. Der Arbeitsplatz sei trotzdem noch im Raum des Finanzreferat eingerichtet.

Joshua P. (Juso) spricht sich für eine Aufnahme des Antrages auf, da noch offensichtlich Redebedarf bestehe, so Leid ihm das für die Beteiligten tue. Der TOP Regularia werde sonst gesprengt.

Beifall von Ronja I. (RCDS) und Daniel L. (CG).

Iman A. (Frauenreferat) widerspricht Joshua und wirbt für den Vorschlag von Maide.

Rebecca H. (RCDS) spricht sich auch dafür aus erst einmal den Antrag aufzunehmen, damit sei noch keine Beschlussfassung verbunden.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Aufnahme des Antrages „Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit“

Dafür: 12

Enthaltungen: 1

Dagegen: 2

Der Änderungsantrag ist angenommen.

Änderungsantrag: „Aufnahme des Antrages ‚Hilfen für die Bezahlung des Sozialbeitrages bekannt machen‘“ von Christian Bruns (LHG)

Aufnahme des Antrages „Hilfen für die Bezahlung des Sozialbeitrages bekannt machen“ nach TOP 10.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Aufnahme des Antrages „Hilfen für die Bezahlung des Sozialbeitrages bekannt machen“

Dafür: 15

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Der Änderungsantrag ist angenommen.

Änderungsantrag: „Aufnahme des Antrages ‚Verlängerung der Rückmeldefrist‘“ von Christian Bruns (LHG)

Aufnahme des Antrages „Verlängerung der Rückmeldefrist“ vor TOP 11.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Aufnahme des Antrages „Verlängerung der Rückmeldefrist“

Dafür: 15

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Der Änderungsantrag ist angenommen.

Änderungsantrag: „Aufnahme eines TOP ‚Wahl eines studentischen Mitglieds und eines stellvertretenden studentischen Mitglieds in die Arbeitsgruppe ‚Online-Wahlen‘ der Universität‘“ von Christian Bruns (LHG)

Aufnahme eines TOP „Wahl eines studentischen Mitglieds und eines stellvertretenden studentischen Mitglieds in die Arbeitsgruppe ‚Online-Wahlen‘ der Universität“ vor TOP 11. Aufgeteilt in die beiden Unterpunkte „Wahl eines Mitgliedes“ und „Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes“.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Aufnahme eines TOP „Wahl eines studentischen Mitglieds und eines stellvertretenden studentischen Mitglieds in die Arbeitsgruppe ‚Online-Wahlen‘ der Universität“

Dafür: 13

Enthaltungen: 0

Dagegen: 2
Der Änderungsantrag ist angenommen.

Änderungsantrag: „TOP „Bestätigungen“ verschieben“ von Christian Bruns (LHG)
Den TOP „Bestätigungen“ vor TOP 2 setzen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: TOP ‚Bestätigungen‘ verschieben
Dafür: 15
Enthaltungen: 0
Dagegen: 0
Der Änderungsantrag ist angenommen.

Abstimmung: Genehmigung der geänderten Tagesordnung
Dafür: 14
Enthaltungen: 1
Dagegen: 0
Die Tagesordnung ist genehmigt.

Genehmigte Tagesordnung

TOP 0: Regularia
TOP 1: Antrag: „Finanzielle Unterstützung für die Medizinische Flüchtlingshilfe“
TOP 2: Antrag: „Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit“
TOP 3: Bestätigungen
TOP 4: Wahl eines 3. stellvertretenden AStA-Vorstandes
TOP 5: Antrag: „Neufassung der Geschäftsordnung“
TOP 6: Anfrage: „Arbeit des TINby-Referat im aktuellen Semester“
TOP 7: Anfrage an das Referat für Hochschulpolitik
TOP 8: Anfrage an den AStA-Vorstand
TOP 9: Anfrage: „Beschluss des Bundeskongresses von ‚Die Linke.SDS‘: Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!“
TOP 10: Berichte
a. des AStA-Vorstandes
b. des SP-Präsidiums
c. aus sonstigen Gremien, Ausschüssen und Referaten
TOP 11: Antrag: „Erlass der Mahngebühr für den Semesterbeitrag“
TOP 12: Antrag: „Hilfen für die Bezahlung des Sozialbeitrages bekannt machen“
TOP 13: Antrag: „Verlängerung der Rückmeldefrist“
TOP 14: Wahl eines studentischen Mitglieds und eines stellvertretenden studentischen Mitglieds in die Arbeitsgruppe „Online-Wahlen“ der Universität
a. Wahl eines Mitgliedes
b. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes
TOP 15: Antrag: „Änderung der Regelungen für die Mailverteiler des SP unter Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06“
TOP 16: Antrag: „Livestream Ausstattung für das SP“
TOP 17: Antrag: „1 Standdrucker für den AStA-Flur“
TOP 18: Antrag: „2 Tischdrucker für den AStA“
TOP 19: Antrag: „Datenschutzpaket für den AStA“
TOP 20: Verschiedenes

[18:45 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 1 Antrag: „Finanzielle Unterstützung für die Medizinische Flüchtlingshilfe“

[18:45 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[Die Enid G. weist als Antragstellerin ihren Studierendenstatus nach.]

Die Antragstellerin stellt den Antrag vor:

Sie erläutert die angebotenen Hilfen der Medizinischen Flüchtlingshilfe. Der Dolmetschendienst der Flüchtlingshilfe werde von Triaphon unterstützt. Triaphon sei ein Telefondolmetscherdienst.

Daniel L. (CG) fragt, ob das beantragte Geld für den Triaphon-Vertrag ist.

Antwort: Ja, der Vertrag solle verlängert werden.

Daniel L. (CG) sagt, dass nach seiner Kenntnis sei der Vertrag bereits unterzeichnet.

Antwort: Dies sei korrekt. Die Flüchtlingshilfe sehe den den Vertrag als so wichtig an, dass der Vertrag auf Basis der eigenen Finanzmittel bereits verlängert worden sei.

Daniel L. (CG) findet es problematisch, dass der Antrag erst jetzt gestellt wird, der Vertrag aber bereits unterschrieben ist. Es gebe schließlich schon ein Finanzbeschluss, andernfalls hätte der Vertrag ja wohl nicht unterschrieben werden dürfen. Er fragt weiter nach dem Stand der Vereinsgründung.

Antwort: Für die nächsten ein bis zwei Jahren sei eine Vereinsgründung ausgeschlossen.

Daniel L. (CG) fragt nach den Gründen für das Ausschließen einer Vereinsgründung.

Antwort: Der Flüchtlingshilfe sei eine enge Anbindung an den AStA und die Unterstützung durch den AStA wichtig.

Daniel L. (CG) erwidert, dass regelmäßig Initiativen, ohne Teil der Studierendenschaft zu sein, finanziell vom SP unterstützt werden.

Antwort: Es gehe nicht nur um Anträge, sondern auch um die Verwaltung.

Daniel L. (CG): „Ihr wollt also weiterhin die Buchhaltung vom AStA nutzen.“

Antwort: „Wir wollen weiterhin mit dem AStA kooperieren.“

Ronja I. (RCDS) fragt nach der generellen Finanzierung der Flüchtlingshilfe und wie der Vertrag mit Triaphon finanziert wird, falls der SP dem Antrag nicht zustimmt.

Antwort: Der Großteil der Einnahmen entfalle auf QV-Mittel. Diese würden vor allem für die Wahlfächer ausgegebenen, insbesondere für Personalmittel für die Angestellten. Desweiteren würden sich die Einnahmen aus Preisgelder speisen.

Ronja I. (RCDS) fragt nach einer langfristigen Finanzierung vor dem Hintergrund das Preisgelder keine verlässliche Einnahmequelle seien.

Antwort: QV-Mittel sollen weiter genutzt werden. Darüber hinaus sei eine Person eingestellt worden, die sich jetzt verstärkt, um die Finanzierung kümmern solle. Ronja I. (RCDS) fragt weiter, wieso Triaphon nicht über QV-Mittel abgerechnet wird.

Antwort: Dies habe sich bisher nicht ergeben.

Simon S. (Juso) weist darauf hin, dass er auch Teil der Medizinischen Flüchtlingshilfe ist. Er erklärt, dass der Triaphon-Vertrag nicht über QV-Mittel abgerechnet werden kann, da dieser nicht allein für die Lehre sei. Zur Vereinsgründung könne er sagen, dass der Verwaltungsaufwand zu hoch sei.

[18:58 Uhr: Joshua P. (Juso) verlässt den Sitzungssaal.]

Christian B. (LHG) fragt vor dem Hintergrund, dass bereits ein Finanzbeschluss existieren muss für den Vertrag, was mit dem Geld des SP geschehen soll.
Die Frage wird nicht beantwortet.

[19:03 Uhr: Joshua P. (Juso) betritt den Sitzungssaal.]

Christian B. (LHG) fragt nach dem aktuellen Kassenstand.

Die Frage wird nicht beantwortet.

Christian B. (LHG) bittet um Nachreichung im Laufe der Sitzung.

Christian B. (LHG) fragt wie hoch die Rücklage im Vergleich zum Gesamtbudget ist.

Die Frage wird nicht beantwortet.

Fabian K. (SDS) hält es für ausgesprochen kritisch, Initiativen auf QV-Mittel zuverweisen, da wahrscheinlich in Zukunft zwei Drittel direkt für Personalstellen verplant seien. Außerdem verstehe er die Diskussion nicht, da der Haushalt der Studierendenschaft genug Geld beinhalte und der AStA-Vorstand auch Finanzanträge in ähnlicher Höhe gestellt habe. Er schläge in Zeiten von Negativzinsen vor das Geld dem Projekt zu geben und nicht der Bank.

Beifall von der Fraktion des SDS, sowie bei Teilen der Juso Fraktion.

Ronja I. (RCDS) hält es für den falschen Zeitpunkt zu diskutieren, wie groß der Haushalt ist und verschiedene Finanzanträge, die inhaltlich nichts miteinander zu tun haben würden, auf einander zu beziehen.

Beifall in Teilen der RCDS Fraktion.

Daniel L. (CG) fragt, welches Organ den Finanzbeschluss zur Vertragsunterzeichnung gefasst hat.

Die Frage wird nicht beantwortet.

Christian B. (LHG) erwidert auf Fabian, dass nur weil noch Geld im Haushalt ist dies nicht bedeuten würde, dass das Geld auch ausgegeben werden sollte. Würde er privat den Haushalt so führen, hätte er irgendwann ein Problem.

Zwischenruf Fabian K. (SDS): „Mir geht es ganz gut!“

Heiterkeit in Teilen des Sitzungssaals.

Änderungsantrag: „Formale Korrektur“ von Lukas M. (Juso)

Einfügen nach „Ehrenamtliche“: „für den Vertrag mit Triaphon mit bis zu 1200 EUR“

[Der Änderungsantrag wird von den Antragstellenden übernommen.]

Iman A. fragt, ob es um 1200 EUR geht. Dies wird bestätigt.

Iman A. weist darauf hin, dass 1200 EUR für eine ehrenamtliche Organisation viel Geld sein könnten, unabhängig davon wie viel Rücklagen die Organisation noch hat.

[19:09 Uhr: **GO-Antrag** von Christian B. (LHG) auf Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[19:09 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.]

[19:15 Uhr: **GO-Antrag** von Daniel L. (CG) auf Unterbrechung der Sitzung für 3 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[19:30 Uhr: Wiedereintritt in die Sitzung.]

Der Antragstellenden haben während der Unterbrechung eine Übersicht über die Ausgaben und Einnahmen seit September an die Mitglieder des SP verschickt.

Christian B. (LHG) fragt an wen die Ehrenamtszuschüsse ausgezahlt werden.

Antwort: An die Dolmetschenden.

Christian B. (LHG) fragt, wieso die Amsterdamfahrt zu zwei Drittel mit den Mitteln der Flüchtlingshilfe querfinanziert worden ist.

Antwort: Es sei schwierig alle Mitglieder zusammen zu kriegen, um auch mal größere Beschlüsse in Ruhe besprechen zu können, stattdessen habe dafür die Amsterdamfahrt gedient.

[19:35 Uhr: **GO-Antrag** von Rebecca H. (RCDS) auf Vertagung des Antrages. Es sei noch zu viel unklar. Formale Gegenrede Robin B. (SDS).]

Abstimmung: GO-Antrag: Vertagung des Antrages.

Dafür: 9

Enthaltungen: 0

Dagegen: 6

Der GO-Antrag ist angenommen. Der Antrag wird vertagt.

[19:36 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 2 Antrag: „Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit“

[18:45 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Christian B. (LHG) stellt für die antragstellenden Fraktionen den Antrag vor:

Es sei bei den Fraktionen folgende Situation angekommen: Das Referat für Barrierefreiheit könne in den nächsten zwei Wochen auf dem Flur sitzen. Dieser Zustand müsse dringend verhindert werden. Um das zu verhindern, sollen die Autonomen Referate ermächtigt werden, selbst über die Verteilung der Räume zu entscheiden. Funktioniere das nicht, gebe der Antrag eine Lösung vor, die aus Sicht der Antragstellenden am wenigsten Nachteile mit sich bringt. Die Antragstellenden seien für bessere Lösungen offen.

Rebecca H. (RCDS) sieht ebenfalls die Dringlichkeit für gegeben, kritisiert aber, dass der Antrag von Listen gestellt worden ist, weil es eine reine Verwaltungsfrage sei.

Rebecca H. (RCDS) fragt Maide I. (LesBi-Referat), ob der Runde Tisch bis zur nächsten SP-Sitzung nicht zu spät komme, da bis zur nächsten SP-Sitzung die Schlösser vielleicht schon ausgetauscht sein könnten.

Antwort Maide I. (LesBi-Referat): „Ich glaube die Frage, ob ein Antrag zur nächsten Sitzung gestellt werden soll oder nicht, hängt vom Ergebnis des Runden Tisches ab. Ich glaube es ist unser aller Interesse, dass wir gemeinsam eine Lösung finden und einen Kompromiss ausarbeiten können. Wir kennen ja die Tagesordnung, weshalb ich euch echt bitten würde, das gemeinsam an diesem Runden Tisch machen. Vor allem ist das Referat für Barrierefreiheit ist nicht anwesend. Wäret ihr mal bei den Gesprächen dabei

gewesen, dann hättet ihr auch herausgefunden, dass zu keinem Zeitpunkt mal evaluiert worden ist, was für Räumlichkeiten das Referat für Barrierefreiheit überhaupt braucht. Da wäre es mehr als nur fatal, wenn das SP über eine Raumsituation entscheidet, obwohl das Barrierefreiheitsreferat gar nicht anwesend ist.“

Daniel L. (CG) möchte klarstellen, der Antrag sei so gefasst, dass die Autonomen Referate selbst entscheiden, wie die Räume aufgeteilt werden. Nur für den Fall, dass es keine Lösung gebe, werde ein Raum zu gewiesen, weil sonst das Referat auf dem Flur stehe.

Ronja I. (RCDS) fragt, ob es nicht schon einen Runden Tisch gegeben habe, an dem nicht alle Autonomen Referat teilgenommen hätten. Es gebe sieben Räume für sieben Autonome Referate. Ronja fragt weiter, wieso die Räume nicht aufgeteilt werden können. Iman A. (Frauenreferat) sagt, dass die im Antrag genannten Räume nicht für das Referat für Barrierefreiheit geeignet sind.

Fabian K. (SDS) sieht die Dringlichkeit des Antrages nicht als gegeben an. Es könne nicht darum gehen einfach Räume zu verteilen, sondern darum Räume zu verteilen, die für ihre geplante Funktion, angemessen seien. Das SP habe nicht die Expertise, um die Angemessenheit zu beurteilen.

Maide I. (LesBi-Referat): „Ich habe jetzt eine kurze Frage: Wollt ihr das jetzt ernsthaft diskutieren, weil dann kann ich mich darauf einstellen? Wie gesagt, ich fände es jetzt einfach nicht richtig, dass jetzt hier ausdiskutieren. Statt jetzt hier die Diskussion unnötig immer weiter zu verlängern, um dann doch festzustellen wir machen einen Runden Tisch, wäre es halt schön, dass wir das jetzt klären.“

[19:44 Uhr: **GO-Antrag** von Rebecca H. (RCDS) auf Unterbrechung der Sitzung für 2 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[19:44 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.]

[19:46 Uhr: **GO-Antrag** von Daniel L. (CG) auf Unterbrechung der Sitzung für 2 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[19:48 Uhr: Wiedereintritt in die Sitzung.]

Daniel L. (CG): „Was sollen wir tun? Aus meiner Sicht ist die einzige Lösung des Problems unser Antrag. Oder gibt es eine andere Lösung?“

Iman A. (Frauenreferat): „In den Gesprächen war immer die Rede von einer Übergangslösung. Keiner von uns hat etwas gegen eine Übergangslösung, wir möchten aber irgendwie deutlich machen, dass es sich wirklich um eine Übergangslösung handelt. Bei unserem letzten Gespräch gab es da keine Vorschläge, wie man das machen könnte. Wir hatten Vorschläge wie man das machen könnte, die wurden aber umgeschmissen als nicht umsetzbar.“

Daniel L. (CG): „Direkte Antwort dazu: Das steht doch genau im Antrag drin. Die Autonomen Referate werden ermächtigt selbst über die Räume zu verfügen. Also ist es doch gar kein Problem: Die Autonomen Referate können sich zusammensetzen und eine andere Lösung finden. Das wird euch ja gar nicht in Abrede gestellt durch diesen Antrag.“

Zwischenruf Christian B. (LHG): „Da steht drin ein Raum wird ‚einstweilen‘ zur Verfügung gestellt, nicht das BiSchwu muss den Raum räumen.“

Iman A. (Frauenreferat): „Da steht nur drin, dass wir ermächtigt werden die sieben Räume aufzuteilen.“

Zwischenruf Christian B. (LHG): „Es gibt ja keine Anderen!“

Iman A. (Frauenreferat): „Das ist halt die Frage: Gibt es keine anderen Räume? Es gibt Pläne für andere Räume, die umgestaltet werden. Wir haben versucht in unseren Gesprächen zu erreichen, dass man eine alternative Nutzung dieser Räume in Betracht zieht.“

Lara V. (CG, AStA-Vorstand): „Die einzigen alternativen Räume, die du gerade ansprichst, sind die Fahrradwerkstatt und der aktuelle Workspace. Die können aber nicht. . .“

Zwischenruf Iman A. (Frauenreferat): „Und der Konferenzraum!“

Lara V. (CG, AStA-Vorstand): „Und der Konferenzraum. Selbst wenn man die Fahrradwerkstatt wo anders hinpackt: Der Raum muss Grund auf renoviert werden. Das ist nichts, was wir innerhalb der nächsten zwei Wochen, geschweige denn im nächsten Jahr passieren kann. Von mir aus kann man über die Fahrradwerkstatt noch einmal reden und Lösungen suchen. Der Konferenzraum ist absolut notwendig für die anderen Geschäfte des AStA. Ich persönlich kann nicht sagen, was ist in drei oder vier Jahre. Aktuell geht die Fahrradwerkstatt nicht. Meiner Meinung nach sollte der Raum auch dafür bleiben. Mir geht es um die aktuelle Situation. Es sind Umbaumaßnahmen geplant, wie ich berichtet habe. Im Oktober beginnt der Umbau des SP-Saals und danach werden wahrscheinlich alle Räume renoviert, sobald der Hochschulsport ausgezogen ist und dann bin ich nicht mehr im Amt. Ich weiß nicht, ob ihr da noch im Amt seid.“

Maide I.: „Das ist ja gerade der Punkt: Es geht ja darum, eine Übergangslösung zu finden. Es muss ja eine Übergangslösung geschafft werden, aber eine Übergangslösung kann natürlich auch sein, dass die Referate mal kurz durcheinander geschmissen werden. Wer sich erinnert, gab es auch ein Problem, als das FH-Gebäude wegfiel und die Übergangslösung war das BiSchwu-Referat in das Fachschaftenreferat einziehen zu lassen. Dann musste gekämpft werden, dass die Räume wieder kamen. Das ist immer das Problem mit Übergangslösungen: Die einen sagen immer wir machen das so, aber das kann sich auch wieder ändern: Das SP wird Mitte Dezember neu gewählt. Wir wissen alle nicht was dann passiert. Deswegen möchten wir jetzt wissen, worüber wir sprechen. Unsere Vorschläge handeln von einer langfristigen Lösung, die aber realistisch ist. Das Problem ist halt: Wir haben Vorschläge gemacht, die wurden wohl hier im SP als unrealistisch abgestempelt. Zum Beispiel kam auf den Vorschlag den Konferenzraum schöner zu gestalten, die Antwort der SP-Saal würde nach dem Umbau als Veranstaltungsfläche wieder zur Verfügung stehen. Dieser Umgangston, dieses Festhalten an einer bestimmten Lösung, kommt von eurer Seite! Wir haben versucht Lösungsvorschläge zu machen und jetzt sollen wir uns hinstellen und innerhalb dieser Sitzung entscheiden, was eine langfristige Lösung sein soll?“

Daniel L. (CG): „Du sagtest gerade unrealistische Lösung würden vom SP abgestempelt werden. Was sind denn die Lösungen?“

Maide I. (LesBi-Referat) korregiert, dass sie den Vorstand meinte.

Daniel L. (CG): „Welche Lösungen werden vom Vorstand als unrealistisch abgestempelt?“

Antwort Maide I. (LesBi-Referat): Es solle ein Beratungsraum im AStA entstehen. Der Vorschlag der Autonomen Referate sei gewesen, stattdessen den Konferenraum schicker zu gestalten. Auch sei der Vorschlag gewesen ein ganz großer Runder Tisch mit allen Referaten. Mit der Begründung eines Mangels an Zeit seien die Vorschläge vom Vorstand nicht aufgenommen worden.

[19:58 Uhr: **GO-Antrag** von Fabian K. (SDS) auf Nicht-Befassung des Antrages. Es seien nicht alle relevanten Personen anwesend. Er kenne nicht alle aufgeführten Räume.

Die Mitglieder des SP könnten nicht alle Räume beurteilen. Gegenrede Ronja I. Es brauche eine kurzfristige Lösung.]

Abstimmung: GO-Antrag: Nicht-Befassung des Antrages.

Dafür: 4

Enthaltungen: 3

Dagegen: 8

Der GO-Antrag ist abgelehnt.

[20:00 Uhr: **GO-Antrag** von Fabian K. (SDS) auf Unterbrechung der Sitzung für 10 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[20:00 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.]

[20:10 Uhr: **GO-Antrag** von Christian B. (LHG) auf Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[20:15 Uhr: **GO-Antrag** von Mahyar G. (Juso) auf Unterbrechung der Sitzung für 3 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[20:18 Uhr: Wiedereintritt in die Sitzung.]

Änderungsantrag: „Änderungsantrag I“ von Frauenreferat, LesBi-Referat, Referat für bisexuelle und schwule Studierende

Ersetze den Antrag durch:

Das Studierendenparlament möge beschließen, dass das autonome Referat für Barrierefreiheit übergangsweise in das autonome Frauenreferat mit einzieht. Diese Übergangslösung soll bis maximal dem 28. Februar 2021 gelten. Bis dahin soll von den Autonomen Referaten eine Langfristige Lösung in Kooperation mit dem AStA-Vorstand ausgearbeitet werden. Teil dieser Lösung soll auch sein, den AStA-Flur generell barrierefreier zu gestalten.

Die Antragstellenden erklären grundsätzlich mit dem Änderungsantrag einverstanden zu sein.

Christian Bruns (LHG) erklärt, dass aus seiner Sicht die Änderung einen Dauerbeschluss impliziert, da der Beschluss erkennbar über die Wahlperiode hinaus Wirkung entfalten soll.

Es wird über den exakten Wortlauf des Antrages diskutiert.

Änderungsantrag: „Änderungsantrag II“ von Fraktion Campusgrün, Fraktion LHG - die Liberalen

Ersetze den Antrag durch:

Das Studierendenparlament möge als Dauerbeschluss beschließen, dass das Referat für Barrierefreiheit und das Frauenreferat den Raum 25.23.U1.56 gemeinsam nutzen. Diese Übergangslösung gilt bis zum 28. Februar 2021, sofern bis dahin keine gemeinsame, langfristige Lösung zwischen den autonomen Referaten und dem AStA-Vorstand gefunden werden sollte. Tritt dieser Fall ein, so wird der Raum alleinig dem Frauenreferat zur Verfügung gestellt. Teil dieser Lösung soll auch sein, dass der AStA-Flur generell so barrierefrei, wie im Rahmen der baulichen Möglichkeiten möglich, gestaltet wird.

[Die Antragstellenden übernehmen den Änderungsantrag.]

[Die Antragstellenden des Änderungsantrag I ziehen ihren eigenen Änderungsantrag zurück.]

Abstimmung: Antrag: „Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit“ in der geänderten Fassung

Dafür: 15

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Der Antrag ist angenommen.

Zwischenruf Christian B. (LHG): „Hätte mir vor der Sitzung das einer erzählt, ich hätte ihn für Verrückt erklärt.“

Beifall in Teilen des Sitzungssaals.

Christian B. (LHG) rügt als Sitzungsleitung sich selbst für den Zwischenruf.

[20:40 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 3 Bestätigungen

[20:40 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Der AStA-Vorstand möchte Julia K. im Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit bestätigen (A3, 01.08. bis Ende der Amtszeit).

Julia K. stellt sich vor:

Sie studiere Germanistik und Kommunikations- und Medienwissenschaften im vierten Semester.

Fabian K. (SDS) fragt, ob Julia Mitglied einer politischen Partei oder Organisation ist.
Antwort: „Nein.“

Robin B. (SDS) fragt, nach geplanten Projekten für ihre Arbeit im Referat.

Antwort: Sie wolle weiterführen, was bisher schon gemacht wird. Sie möchte den AStA und seine Arbeit mehr vorstellen.

Christian B. (LHG) fragt, was sie unter der politischen Neutralität des AStA versteht und ob sie diese Gewährleisten kann.

Heiterkeit im Sitzungssaal.

Antwort: Politische Neutralität in der Arbeit sei eine Selbstverständlichkeit.

Abstimmung: Bestätigung von Julia K.

Dafür: 15

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Julia K. ist bestätigt.

Beifall im gesamten Sitzungssaal.

Der AStA-Vorstand möchte Arian A. auf die Projektstelle „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ im Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit bestätigen (200 EUR, 01.08. bis 31.10.). Lara V. (AStA-Vorstand) kündigt an, dass im zweiten Nachtragshaushalt die Projektstelle in eine dritte Stelle im Referat umgewandelt werden soll.

Arian A. stellt sich vor:
Er studiere Biologie.

Robin B. (SDS) fragt, nach geplanten Projekten für seine Arbeit im Referat.
Antwort: Er wolle sich für einen besseren Auftritt des AStA im Internet einsetzen. Der derzeitige Zustand sei Trash.

Fabian K. (SDS) fragt, ob Arian Mitglied einer politischen Partei oder Organisation ist.
Antwort: „Nein.“

Christian B. (LHG) fragt, ob der AStA sich allgemeinpoltisch äußern darf oder soll.
Die Frage wird verneint.

Heiterkeit im Sitzungssaal.

Joshua P. (Juso) sagt, dass die Frage auf das allgemeinpoltische Mandat anspielt und fragt, ob Arian weiß, was das ist.

Die Frage wird verneint.

Joshua P. (Juso) bedankt sich für die Antwort.
Gelächter im Sitzungssaal.

Rebecca H. (RCDS) erklärt die Thematik.

Robin B. (SDS) fragt, ob aus Arians Sicht der AStA ein Post gegen eine AfD-Demo erstellen sollte. Antwort: Das sei eine schwierige Frage. Er persönlich würde das nicht machen. Der AStA müsse sich gegenüber Parteien neutral verhalten.

Starker Beifall in Teilen des RCDS und der LHG.

Mahyar G. (Juso) fragt, wie es mit einer Veranstaltung gegen Rassismus auf dem Campus aussehe.

Antwort: „Rassismus, denke ich, ist nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar. Ich würde dazu informieren, dass es diese Veranstaltung gibt. Ich würde aber keinen aktiv dazu animieren zur Veranstaltung hinzu gehen. Das ist jedem selbst überlassen.“

Beifall in Teilen des RCDS und der LHG. Ronja I. (RCDS) zeigt Arian ein Herz-Symbol mit der Hand.

Fabian K. (SDS) findet, dass gerade vom Präsidenten kein besonders Wissen bei Außenstehenden vorausgesetzt werden soll. Er fragt Arian, ob er das auch so sieht.

Christian B. (LHG) weist als Sitzungsleitung darauf hin, dass die Aussprache die Eignung der vorgeschlagenen Person zum Gegenstand hat. Er droht einen Sachruf an.

Abstimmung: Bestätigung von Arian A.

Dafür: 14

Enthaltungen: 1

Dagegen: 0

Arian A. ist bestätigt.

[20:54 Uhr: Christian B. (LHG) gibt eine Erklärung zur Aussprache ab. Die Erklärung ist nicht beim Präsidium eingegangen.]

Zwischenruf von Fabian K. (SDS).

Der AStA-Vorstand möchte Lisa H. auf die Projekstelle „Semesterkalender“ im Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit bestätigen (200 EUR, 01.08. bis 30.09.).

Auf Grund eines technischen Problems kann sich Lisa, die digital zugeschaltet anwesend ist, nicht vorstellen.

Abstimmung: Bestätigung von Lisa K.

Dafür: 15

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Lisa K. ist bestätigt.

[20:59 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 4 Wahl eines 3. stellvertretenden AStA-Vorstandes

[20:59 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Es werden auch nach Nachfragen seitens der Sitzungsleitung keine Personen vorgeschlagen.

[21:00 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 5 Antrag: „Neufassung der Geschäftsordnung“

[21:00 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[21:00 Uhr: **GO-Antrag** von Christian B. (LHG) auf Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[21:00 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.]

[21:05 Uhr: Wiedereintritt in die Sitzung.]

[Robin B. (SDS) und Lukas M. (Juso) sind nicht anwesend.]

[Die folgenden Änderungsanträge sind bis zum Sitzungsbeginn in Textform beim Präsidium eingereicht worden.]

Änderungsantrag: „Regelung der Einladung I“ von Fabian S.

Ändere § 4 Absatz 1 Satz 2 in:

Nachrichtlich ergeht die Einladung an den AStA- Vorstand, das leitende Finanzreferatsmitglied, die Vorsitzenden der Ausschüsse und Arbeitskreise des Parlamentes, den Vorsitz des Rechtsausschuss, die Antrag- und Anfragenstellenden der Anträge und Anfragen, die auf die vorläufige Tagesordnungsvorschlag aufgenommen worden sind und die Angefragten.

Ergänze nach Satz 2 in § 4 Absatz 1:

Antragstellende, deren Anträge nicht auf den Tagesordnungsvorschlag aufgenommen wurden, sind vom Präsidium hierüber, als auch über die Möglichkeit der Aufnahme von Anträgen auf der SP-Sitzung, zu unterrichten.

Änderungsantrag: „Zustellung der Einladung auch an Angefragte und Anfragende“ von Daniel L. (CG)

Ändere § 4 Absatz 1 Satz 2 in:

Nachrichtlich ergeht die Einladung an

1. den AStA-Vorstand,
 2. das leitende Finanzreferatsmitglied,
 3. die Vorsitzenden der Ausschüsse und Arbeitskreise des Parlamentes,
 4. den Vorsitz des Rechtsausschuss,
 5. die Antragstellenden der in den Tagesordnungsvorschlag aufgenommenen Anträge,
 6. die Anfragenden und Angefragten der in den Tagesordnungsvorschlag aufgenommenen Anfragen.
-

Änderungsantrag: „Quotierte Redeliste abschaffen“ von Fraktion LHG - die Liberalen
Streiche in § 24 Absatz 1 das Wort „genderquotiert“ und die Sätze 2 und 3.

Änderungsantrag: „Korrektur eines Verweises“ von Daniel L. (CG)

Ändere in § 67 Abs. 1 die Wörter „§ 55“ in die Wörter „§ 57“.

Änderungsantrag: „Notwendige Kontaktdaten für die Ausführung der Geschäftsordnung erheben“ von Daniel L. (CG)

Ändere § 68 zu:

(1) Vorschläge für Bestätigungen von integrierten Referatsmitgliedern und Personen auf Projektstellen werden auf der Sitzung vom AStA-Vorstand, sonst von der Sitzungsleitung oder der zu bestätigten Person selber eingebracht. Mit den Vorschlägen für Stellen im AStA ist dem Präsidium die HHU-E-Mailadresse der vorgeschlagenen Personen zu übermitteln.

(2) Den zu bestätigten Personen ist Gelegenheit zur Vorstellung zu geben. Änderungsanträge an den Vorschlägen sind unzulässig.

Änderungsantrag: „Verfahren zur satzungsgemäßen Genderquotierung des AStA-Vorstandes“ von Fraktion die Linke.sds

Füge als neuen Absatz in § 62 hinzu:

Stehen bei einer Wahl in ein Vorstandsamt Personen mit unterschiedlichem Gender zur Wahl und würde bei einem Teil dieser Personen (überrepräsentierte Gruppe) eine Wahl bezogen auf den gesamten Vorstand in jedem Fall zu einer Überrepräsentation eines Genders im Vorstand führen, so ist nach der letzten Aussprache zunächst bei jeder Person der überrepräsentierten Gruppe abzustimmen, ob sie besser qualifiziert ist als jede andere Person, die nicht in der überrepräsentierten Gruppe ist. Wird die bessere Qualifikation nicht bestätigt, kann diese Person nicht zur Wahl antreten.

Änderungsantrag: „Gesonderte Weiterleitung von Anfragen“ von Fabian S.

Ergänze in § 67 Absatz 1 einen neuen Satz 2:
Die Anfragen sind vom Präsidium gesondert an die Angefragten weiterzuleiten.

Daniel L. (CG) erläutert welche Änderungsanträge dem Präsidium vorliegen.
[21:07 Uhr: Robin B. (SDS) und Lukas M. (Juso) betreten den Sitzungssaal.]
Fabian K. (SDS) kündigt weitere vier Änderungsanträge an.

Änderungsantrag: „Wiedereintritt in die Aussprache mit einfacher Mehrheit“ von der Fraktion die Linke.sds

Streiche § 23 Absatz 5 und in § 52 Nummer 4 der Text in der Klammer.

Änderungsantrag: „Keine Würde“ von der Fraktion die Linke.sds

Streiche in § 47 Absatz 1 Satz 1 die Wörter „oder Würde“.

Änderungsantrag: „Ordnungsgewalt einschränken“ von der Fraktion die Linke.sds

Streiche § 50 Absatz 1 Satz 1.

Änderungsantrag: „Anwesenheit von AStA-Mitgliedern ohne Begründung verlangen können“ von der Fraktion die Linke.sds

Streiche § 34 Absatz 2 streichen.

Das Präsidium schlägt vor die Änderungsanträge nacheinander zu besprechen.
Kein Widerspruch.

Konkurrierende Anträge: „Regelung der Einladung I“ und „Zustellung der Einladung auch an Angefragte und Anfragende“

Die beiden Änderungsanträge werden verlesen.

Daniel L. (CG) erklärt, dass aus seiner Sicht der zweite Satz von Fabians Änderungsantrag nicht notwendig ist. Anfragen könnten nach den Regelungen der Geschäftsordnung nicht zulässig nachgereicht werden. Bei Anträgen gäbe es theoretisch das Problem, dass Antragstellende nicht wissen, wann Antragsschluss ist und ihre Anträge nach Antragsschluss einreichen und dann das Parlament ohne Kenntnis der Antragstellenden die Anträge nachträglich auf die Tagesordnung setzen. Er halte es für besser stattdessen in § 57 „Behandlung von Anträgen“ einen neuen Absatz einzufügen, der das nachträglich Aufnehmen von Anträgen von Externen an die Zustimmung der Antragstellenden knüpft. Außerdem halte er es nicht für zielführend, wenn das Präsidium selbst aktiv werden muss.

Rebecca H. hält den Vorschlag von Daniel nicht für zielführend, weil das SP dann gehindert wäre den Antrag aufzunehmen. Dem Präsidium sei es zu zumuten die Antragstellenden zu informieren.

Änderungsantrag: „Regelung der Einladung II“ von Christian B. (LHG)

Ändere § 4 Absatz 1 Satz 2 in:

Nachrichtlich ergeht die Einladung an den AStA- Vorstand, das leitende Finanzreferatsmitglied, die Vorsitzenden der Ausschüsse und Arbeitskreise des Parlamentes, den Vorsitz des Rechtsausschuss, die Antrag- und Anfragenstellenden der Anträge und Anfragen, die auf die vorläufige Tagesordnungsvorschlag aufgenommen worden sind und die Angefragten.

Ergänze in § 32 in Absatz 1:

Nachträglich eingereichte Anträge sind vom Präsidium auf der Sitzung zur Aufnahme auf die Tagesordnung zu stellen. Die Antragstellenden sind hierüber in Textform zu informieren.

Quotierte Redeliste abschaffen

Rebecca H. (RCDS) und Christian B. (LHG) diskutieren über das Briefpapier der LHG.

Daniel L. (CG): „Am liebsten würde ich einfach das Protokoll der Sitzung aus der letzten Wahlperiode zitieren, da dort alle Argumente vorgetragen worden sind, die gegen diesen Antrag sprechen. Vor allem macht ihr schon wieder den Fehler und zitierst den Fall aus Berlin. Der Vergleich geht aber völlig fehl: In dem Fall durften Frauen immer vor Männer reden. Das ist natürlich eine Ungleichbehandlung. Das ist in unserer Geschäftsordnung aber nicht der Fall.“

Zwischenruf Christian B. (LHG): „Ich sehe das trotzdem als Ungleichbehandlung.“

Daniel L. (CG): „Der Vergleich ist trotzdem albern. Außerdem möchte ich schon mal gern wissen, ob ihr wirklich glaubt, dass die Quotierung, wie wir sie jetzt haben, und die wirklich alles andere als eine harte Quotierung ist, wirklich eine lebendige und sachlogische Diskussionskultur verhindert. Das würde ich in Frage stellen.“

Beifall in Teilen des SDS und den Juso.

Antwort Christian B. (LHG): „Ja! Weil ich es einfach für schwachsinnig halte in einem Parlament nach irgendetwas anderes zu entscheiden als nach dem Eingang der Redebeiträge oder nach einer sachlogischen Diskussionskultur. Ob das Männlein, Weiblein oder sonst etwas ist, ist völlig egal. Es hat für den Redebeitrag keinerlei Auswirkung. Es kontrastiert den Sinn einer parlamentarischen Debatte bei dem der Inhalt in Vordergrund steht und nicht wer was sagt. Deswegen finde ich das schwachsinnig.“

Daniel L. (CG): „Wie erklärst du dir eigentlich, dass in diesem Parlament mehr nicht-männliche Mitglieder sitzen als männliche Mitglieder sitzen, trotzdem aber viel mehr Männer reden.“

Beifall in Teilen des Sitzungssaals.

Antwort Christian B. (LHG): „Dafür hätte ich gerne einen empirischen Nachweis!“

Gelächter im Sitzungssaal.

Daniel L. (CG): „Soll ich 15 Minuten Pause beantragen?“

Rebecca H. (RCDS): „Ich möchte klarstellen, dass bei uns mehr Frauen als Männer in der Fraktion sitzen und bei uns auch die Frauen mehr reden. Also vielleicht liegt es auch an den Fraktionen. Ganz ehrlich: Das ist total bescheuert, dass wir das diskutieren. Es ist doch klar, dass wir da Meinungsunterschiede haben. Führt das Zwiegespräch nachher. Es macht keinen Unterschied! Bitte jetzt nicht mehr!“

Beifall vom RCDS.

Antwort Daniel L. (CG): „Ich habe den Antrag nicht gestellt!“

Robin B. (SDS): „Ich hätte gern von Christian den empirischen Beweis, dass eine Quotierung die Debattenkultur stört!“

Beifall vom SDS, Campusgrün und den Jusos.

Antwort Christian B. (LHG): „Das behaupte ich!“

Fabian K. (SDS) erklärt, dass er sich eigentlich nicht an der Diskussion beteiligen wollte. Er findet es traurig, dass in der heutigen Zeit immer noch über eine Quotierung diskutiert werden muss, obwohl Frauen und nicht-männlich gelesene Personen immer noch in der Gesellschaft benachteiligt würden. Er verweist auf die Gender Pay Gap.

Christian B. (LHG) fragt Fabian, wo der Zusammenhang zwischen Gender Pay Gap und einer quotierten Redeliste besteht.

Antwort Fabian K. (SDS): Das SP existiere nicht im luftleeren Raum, sondern sei Teil der Gesellschaft.

Christian B. (LHG) sagt, Fraktionen von SDS und der Jusos Hochschulgruppe könnten der Perpetuierung der Verhältnisse auch durch mehr Frauen in ihren Fraktionen entgegen treten.

Zwischenruf Fabian K. (SDS): „Wir zwingen auch keine Frauen in unserer Fraktion!“

Zwischenruf Ronja I. (RCDS): „Wir auch nicht!“

Wiedereintritt in die Aussprache mit einfacher Mehrheit

Daniel L. (CG) sagt, dass nach seiner Information schon im AK Satzung über die Regelung diskutiert worden ist. Man könne das so oder so sehen, aber Sinn einer Schließung der Aussprache sei es ja Dinge abzukürzen. Dies werde durch die niedrigeres Quorum konterkariert.

Christian B. (LHG) fragt, ob der SDS Vor- und Nachbesprechungen der AK-Sitzungen macht.

Antwort Darian N. (Mitglied im AK Satzung für den SDS): Ja, es würden Nachbesprechungen stattfinden, trotzdem könnten sich auch nach den Sitzungen noch Änderungen ergeben. Auch andere Fraktionen hätten noch Änderungsanträge gestellt.

Fabian K. (SDS) dankt Darian für seine Arbeit im AK Satzung. Angesichts der Tatsache, dass Christian keine Genderquotierung möchte, sei eine zwei Drittel Mehrheit für das Eröffnen der Redeliste wieder in Ordnung, um zu verhindern, dass männlich-gelesene Personen sehr lange und sehr exklusiv reden.

Heiterkeit und Beifall in Teilen des Sitzungssaals.

Rebecca H. (RCDS) sagt, dass jedesmal wenn Anträge des AK Satzung besprochen werden noch Änderungsanträge gestellt werden und die gleichen Fragen gestellt werden ohne das dies etwas bringe, weshalb man das auch lassen könne.

Daniel L. (CG) schließt sich Rebecca an. Aus dem Stellen eines Änderungsantrag dem SDS eine Strick zu drehen sei albern.

Anwesenheit von AStA-Mitgliedern ohne Begründung verlangen können

Der Änderungsantrag und der Teil der Geschäftsordnung, der durch den Änderungsantrag gestrichen werden soll, wird verlesen.

Daniel L. (CG) sagt, dass dieser Teil Eins zu Eins aus der aktuellen Geschäftsordnung übernommen worden sei und der Teil sei erst in dieser Wahlperiode in de Geschäftsordnung eingeführt worden. Er versuche noch einmal den Wortlaut zu begründen:

Bei „substanziert zu begründen“ sei der Hintergrund gewesen, dass es keine kurze Begründung, sondern schon eine tiefgründige Begründung sein soll. Das Wort „subsidiär“ drücke aus, dass erst eine Anfrage gestellt werden muss, bevor die Anwesenheit verlangt werden kann.

Fabian K. (SDS) schlägt vor den Teil verständlicher auszudrücken, indem die Begriffe, wie von Daniel, erklärt ersetzt werden.

Daniel L. (CG): Er sei kein Jurist. Wenn er versuche eine Rechtsvorschrift zu erklären, sei das natürlich nicht genau das, was dort im vollem Umfang stehe, sondern nur eine Annäherung.

Fabian K. (SDS) zieht gerade darin den springenden Punkt: Die Geschäftsordnung müsse auch von Personen ohne Jura-Kenntnissen verstanden werden.

Änderungsantrag: „Regelungen der Anwesenheit von AStA-Mitgliedern“ von Fabian K. (SDS)

Ersetze in § 23 „substanziert“ durch „tieferliegende Gründe“.

Christian B. (LHG): „Wir schreiben hier eine Geschäftsordnung und spielen nicht Tabu! Ich fühle mich hier ein bisschen wie bei Versuche ein Apfel zu beschreiben ohne das Wort ‚Apfel‘ zu benutzen. Es ist einfacher präziser und geht schneller und spart Platz. Ich finde es ist Leuten schon zu zumuten einen Begriff nachzuschlagen, weil er einfach eine Menge von Inhalten auf ein einzelnes Wort komprimiert, die man sonst einfach nicht darstellen kann. Das ist der Sinn von Fachsprache. Man hat juristische Terminologie erfunden, um Rechtstexte kurz, präzise und prägnant zu schreiben – mit einer hohen Inhaltsdichte. Wieso man das jetzt einfach über Bord werfen sollte, erschließt sich mir nicht. Ich finde es ist jedem Leser, der sich damit auseinandersetzen möchte, zu zumuten den Duden zu bemühen. Das hilft schon. Da muss man nicht einen ganzen juristischen Kommentar wälzen. Es geht auch nicht, um die tiefgreifende, diffizile Auslegung. Es eine simple Definition, die da hinter steht, die aber einfach die textlichen Möglichkeiten einer Geschäftsordnung nicht sprengen lässt. Wir verwenden hier keine Terminologien, die derart juristisch komplex sind, dass sie der Laienauslegung vollkommen unzugänglich sind.“

Keine Würde

Fabian K. (SDS) kritisiert, dass der Begriff „Würde“ zu unbestimmt ist. So verstoße auch das übermäßige Reden über Gesetzestexte gegen die Würde.

Christian B. (LHG) sagt, dass im AK Satzung keine bessere Formulierung gefunden werden konnte. Sanktionierbar solle ein Verhalten werden, dass der Außenwirkung schadet ohne den ordnungsgemäßen Ablauf zu beeinträchtigen. Beispiele seien rassistische Bemerkungen oder positives Beziehen auf zurückliegende Unrechtsstaaten.

Beifall von Marlon K. (AStA-Vorstand).

Lukas M. (Juso) erinnert daran, dass nach Absprache im AK Satzung eine Kommentierung dieser Stelle vorgenommen werden sollte. Die E-Mail-Diskussion sei nicht zu Ende geführt worden. Seine Fraktion sei aber mit dem Vorschlag von Daniel einverstanden.

Änderungsantrag: „Kommentierung“ von Lukas M. (Juso)

Füge hinzu:

§ 47 Absatz 2 ist zudem wie folgt zu kommentieren:

Die Ordnung des Parlamentes ist insbesondere verletzt, wenn Personen gegen Regelungen der Geschäftsordnung oder geschäftsordnungsgleiche, parlamentarische Gewohnheiten verstoßen, deren Befolgung, nach den im Parlament herrschenden Anschauungen, als Vorbedingung einer nützlichen, die Arbeit der Studierendenschaft fördernden Beratung der MdSP und als Grundlage der innerparlamentarischen Zusammenarbeit gelten.

Die Würde des SP ist insbesondere verletzt, wenn das Verhalten von Personen objektiv geeignet ist, der demokratischen Legitimation in der Studierendenschaft Schaden zuzufügen.

Fabian K. (SDS) und Christian B. (LHG) diskutieren weiter, ob es bei der Frage, wann die Würde verletzt ist, auf die persönliche Vorstellungen der Sitzungsleitung ankommt oder nicht. Während Fabian K. davon ausgeht, dass die persönliche Vorstellung entscheidend ist, kommt es auf laut Christian auf die objektiven Vorstellungen innerhalb der Studierendenschaft an.

Ordnungsgewalt einschränken

Rebecca H. (RCDS) sagt, das Verlassen des Platzes kommt eines Aufgeben gleich. Aus diesem Grund fände sie es besser, wenn es noch eine Möglichkeit eine Stufe niedriger geben würde, damit sich alle Beruhigen könne ohne gleich die ganze Sitzung zu vertagen.

Fabian K. (SDS) sagt, er verstehe Rebeccas Beitrag nicht. Die Tatbestandsmerkmale der „störenden Unruhe“ müssten aus seiner Sicht klarer gefasst werden, um den Satz zu erhalten.

Rebecca H. (RCDS): „In meinen Augen ist es sinnvoll, wenn eine Situation eskaliert, dass man sich beruhigt und man beruhigt sich, indem erstmal das Präsidium den Raum verletzt, wenn Chaos entsteht. Für mich ist der erste Fall, der normiert werden soll, alles was weniger ist, als kein Gehör verschaffen können. Das ist weniger Schlimm. Es gibt ein Problem und du kannst die Sitzung nicht weiterleiten, deswegen sagst du wir machen hier Pause und beruhigen uns alle mal. Der weitergehende Fall ist dann Satz 2: Ihr seid so Laut, dass ich euch nicht mehr beruhigen kann und dann merkt ihr schon das irgendwas nicht funktioniert. Für mich Satz Eins nicht ganz so extrem und ich hätte es gerne drin, damit es nicht jedesmal so eskalieren muss für eine Vertagung.“

Fabian K. (SDS): „Wenn dieses Chaos entsteht und du sagst, man den Saal nicht mehr beruhigen, ist das Präsidium ja durchaus in der Lage einen GO-Antrag auf Pause zu stellen und kann ja dann versuchen das Chaos zu lösen, wobei das mag hier vielleicht ein Grundkonflikt sein: Tendenziell sehe ich es so, dass das Plenum in der Lage ist sich selbst zu organisieren. Für das, was du hier gesagt hast, gibt es bereits Instrumente wie Pause machen und Schauen dass man das in den Griff kriegt.“

Rebecca H. (RCDS): „Würde ich grundsätzlich unterstützen: Das Problem ist, dass du nur einmal pro TOP PAUSE beantragen kannst. Wenn das PRäsidi bereits ihre Pause verbraucht hat, dann hast du ein Problem. Natürlich hat man die Hoffnung, dass das Parlament selbst so vernünftig ist, aber man kann das halt nicht gewährleisten. Wie gesagt man schreibt die GO auch, wenn es mal nicht gut läuft. Deswegen ist das ja nur

ein Mittel für den Notfall. Meinentwegen kann man auch den Begriff ‚Unruhe‘ ändern. Hast du andere Vorschläge?“

Daniel L. (CG) möchte darauf hinweisen, dass der Begriff der „störenden Unruhe“ mit dem Zusatz „die den Fortgang der Verhandlungen in Frage stellt“ konkretisiert wird. Dies schliesse aus, dass noch GO-Anträge gestellt werden können. Wenn GO-Anträge noch gestellt werden können, dann sei der Fortgang der Verhandlung nicht in Frage gestellt.

Korrektur eines Verweises

Keine Wortmeldungen.

Notwendige Kontaktdaten für die Ausführung der Geschäftsordnung erheben

Der Änderungsantrag wird verlesen.

Daniel L. (CG) erläutert kurz den Hintergrund der Änderung: Das Präsidium soll in die Lage versetzt werden, Mitglieder des AStA zu kontaktieren, wie in der Geschäftsordnung an einigen Stellen vorgesehen.

Gesonderte Weiterleitung von Anfragen

Daniel L. findet den Änderungsantrag gut.

[22:08 Uhr: Lara V. (CG) verlässt den Sitzungssaal.]

Verfahren zur satzungsgemäßen Genderquotierung des AStA-Vorstandes

Der Änderungsantrag wird verlesen.

Rebecca H. (SDS) sagt, dass sich die vorgeschlagene Regelung nicht aus der Satzung entnehmen lasse. Aus diese Grund gebe es auch keinen Grund das in der Geschäftsordnung zu konkretisieren. Die Regelung sei sinnbefreit.

[22:11 Uhr: **GO-Antrag** von Daniel L. (CG) auf Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[22:11 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.]

[22:17 Uhr: Wiedereintritt in die Sitzung.]

[Lara V. (CG) ist wieder anwesend.]

Die Sitzungsleitung weist auf das Erfordernis einer zwei Drittel Mehrheit der satzungsgemäßen Mitglieder zur Annahme des Gesamtantrag hin.

[Der Änderungsantrag „Zustellung der Einladung auch an Angefragte und Anfragende“ wird zurückgezogen.]

[Der Änderungsantrag „Regelung der Einladung II“ wird zurückgezogen.]

[22:26 Uhr: Ronja I. (RCDS) stellt den Antrag die Sitzung bis 23:00 Uhr zu verlängern.]

Die Sitzungsleitung weist auf das Erfordernis einer zwei Drittel Mehrheit der Abstimmenden bei der Abstimmung hin.

Abstimmung: Verlängerung der Sitzung bis 23:00 Uhr

Dafür: 14

Enthaltungen: 1

Dagegen: 0

Die Sitzung wird verlängert.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Regelung der Einladung I

Dafür: 15

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Der Änderungsantrag ist angenommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Quotierte Redeliste abschaffen

Dafür: 5

Enthaltungen: 0

Dagegen: 10

Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Beifall von Campusgrün, Juso und SDS.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Korrektur eines Verweises

Dafür: 15

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Der Änderungsantrag ist angenommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Notwendige Kontaktdaten für die Ausführung der Geschäftsordnung erheben

Dafür: 13

Enthaltungen: 2

Dagegen: 0

Der Änderungsantrag ist angenommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Verfahren zur satzungsgemäßen Genderquotierung des AStA-Vorstandes

Dafür: 6

Enthaltungen: 0

Dagegen: 9

Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Gesonderte Weiterleitung von Anfragen

Dafür: 15

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Der Änderungsantrag ist angenommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Wiedereintritt in die Aussprache mit einfacher Mehrheit

Dafür: 4

Enthaltungen: 2

Dagegen: 9

Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Ordnungsgewalt einschränken

Dafür: 2

Enthaltungen: 0

Dagegen: 13
Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Keine Würde

Dafür: 2
Enthaltungen: 0
Dagegen: 13
Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

[Rebecca H. (RCDS) verlangt den Wortlauf des folgenden zur Abstimmung stehenden Änderungsantrag zu verlesen.]

Der Änderungsantrag „Kommentierung“ wird verlesen.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Kommentierung

Dafür: 13
Enthaltungen: 1
Dagegen: 1
Der Änderungsantrag ist angenommen.

[Die Änderungsanträge „Anwesenheit von AStA-Mitgliedern ohne Begründung verlangen können“ und „Regelungen der Anwesenheit von AStA-Mitgliedern“ sind konkurrierend. Der Änderungsantrag „Anwesenheit von AStA-Mitgliedern ohne Begründung verlangen können“ ist weitergehend und wird zuerst abgestimmt.]

Abstimmung über den Änderungsantrag: Anwesenheit von AStA-Mitgliedern ohne Begründung verlangen können

Dafür: 2
Enthaltungen: 0
Dagegen: 13
Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Regelungen der Anwesenheit von AStA-Mitgliedern

Dafür: 2
Enthaltungen: 0
Dagegen: 13
Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Abstimmung: Antrag: „Neufassung der Geschäftsordnung“ in der geänderten Fassung

Dafür: 13
Enthaltungen: 0
Dagegen: 2
Der Antrag ist angenommen.

Beifall von Campusgrün, Juso und dem RCDS.

[22:39 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 6 Anfrage: „Arbeit des TINby-Referat im aktuellen Semester“

[22:39 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[Eine Antwort ist weder frist- noch formgerecht beim Präsidium eingegangen.]

Daniel L. (CG) findet es höchst betrüblich, dass keine Antwort auf seine Anfrage eingegangen ist. Er habe die Sorge, dass das Referat stirbt.

Maide I. (LesBi-Referat): Die Referatsmitglieder hätten zwar die Anfrage erhalten, seien aber nicht in der Lage gewesen eine Antwort zu schreiben. Das Referat habe aber in der internen Gruppe eine Antwort auf die Anfrage geschrieben. Diese könne sie gerne mitteilen: Auf Grund der Corona-Krise beschränke sich die Arbeit auf Beratung und digitale Vernetzung mit anderen LGBTQIA+-Gruppen. Das Referat sei auch im Queers-HHU-Discord-Server vertreten. Eine Vollversammlung habe nicht stattgefunden, da es geheißen habe, dass keine Vollversammlung stattfinden darf. Eine digitale Vollversammlung sei schwierig, weil dort vermehrt die Gefahr von Trollen bestehen würde.

Daniel L. (CG) sagt, er vertrete eine andere Auslegung der Satzung: Dort stehe klar, dass in jedem Semester eine Referatsvollversammlung stattfinden muss.

Christian B. (LHG) bedankt sich bei Maide für die Antworten. Er wünscht sich, dass die Anfrage noch mal von den Referatsmitgliedern persönlich beantwortet wird. Christian fragt den AStA-Vorstand was an die Autonomen Referate kommuniziert worden ist.

Antwort Marlon K. (AStA-Vorstand) er könne nicht darauf antworten, da ihm unklar sei auf was sich bezogen wird.

Antwort Maide I. (LesBi-Referat): Auf dem ersten Referatetreffen nach Einführung der Kontaktbeschränkungen sei explizit gesagt worden, dass die Vollversammlung und Wahlen nicht digital stattfinden sollen.

Antwort Marlon K. (AStA-Vorstand): Das betreffe die Wahl-Vollversammlungen, nicht aber die sonstigen Vollversammlungen.

[22:46 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 7 Anfrage an das Referat für Hochschulpolitik

[22:46 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[22:47 Uhr: **GO-Antrag** von Ronja I. (RCDS) auf Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[22:47 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.]

[22:54 Uhr: Wiedereintritt in die Sitzung.]

[22:54 Uhr: Robin B. (SDS) gibt eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab.]

Persönliche Erklärung von Robin B. (SDS)

Der SDS ist nicht dafür verantwortlich was andere Menschen wie von der PARTEI tuen oder schreiben. Das gesagt, ist der SDS auch nicht dafür verantwortlich, dass der Ruf des AStA oder die Wahlbeteiligung bei SP-Wahlen nicht so gut sind. Auch ist es nicht nur unsere Schuld, dass die OB-Diskussion möglicherweise nicht so gut besucht war. Wir üben öffentlich Kritik und ich verstehe den Wunsch des Vorstandes und einzelner Personen danach, keine Opposition gegen sich zu haben, aber so wurde halt gewählt. Wenn der Vorstand besser arbeiten würde, hätten wir auch weniger zu kritisieren.

Abschließend: Ich möchte die Arbeit von Referent*innen im HoPo-Referat nicht schlecht machen. Ich habe auch schon oft Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen organisiert und weiß was das für ein Stress ist. Auch meine Anfragen werde ich in Zukunft verbessern, denn im Gegensatz zu gewissen Projektstelleninhabern kann ich Kritik annehmen.

[22:56 Uhr: Julia G. (CG) verlässt den Sitzungssaal.]

Christian B. (LHG) sagt, dass er als Präsident des Studierendenparlamentes vor Eintritt in die Aussprache noch einige Worte verlieren möchte: „Ich habe vor dieser Sitzung sowohl mit dem AStA-Vorstand als auch mit dem Referat für Hochschulpolitik darüber gesprochen, wann die Antwort zugehen sollte. Nach meinem Kenntnisstand war die Antwort bereits vor dem Wochenende fertig. Es gibt also keinerlei Grund das Parlament bis fünf Minuten vor der Sitzung damit warten zu lassen, dass diese Antwort zugeht. Darauf habe ich sowohl den Vorstand also auch das Referat explizit hingewiesen. Es ist eine Respektlosigkeit gegenüber dem parlamentarischen Kontrollorgan, die ich als nicht hinnehmbar ansehe, sowohl vom Referat als auch vom verantwortlichen AStA-Vorstand. Message Ende! Sollten Parlamentarier mit meiner Auffassung nicht einverstanden sein, steht ihnen der Rechtsweg offen.“

Beifall von Daniel L. (CG).

Daniel L. kritisiert den Inhalt der Antwort. Es sei unmöglich zu schreiben „Ein Teil der Antwort könnte sie verunsichern.“. Dies sei kein Stil, die der AStA gegenüber dem SP vertreten könne.

Beifall von SDS und Juso.

Christian B. (LHG) sagt, dass er Verständnis dafür habe, wenn das Referat wegen dem großen Aufwand für die Organisation von Veranstaltung genervt sei. Trotzdem wolle er gerne wissen, ob sich die Antwort mit dem deckt, was der AStA-Vorstand mit dem SP kommunizieren möchte.

Antwort Marlon K. (AStA-Vorstand): Der Vorstand habe das Referat darauf hingewiesen die Antwort nicht erst kurz vor Sitzung zu verschicken. Es sei Schade, dass das Referat dem nicht nachgekommen ist, da jetzt auf der Sitzung wertvolle Zeit für das Lesen der Anfrage vergeudet wurde. Zum Inhalt: Es seien einige Punkte dabei, die er selbst nicht so geschrieben hätte. Er könne sich den Ausführungen von Daniel anschließen. Er verweise aber auch auf die Eigenverantwortung der Personen für das Beantworten der Anfrage.

Fabian K. (SDS) findet den Inhalt auch respektlos. Gut finde er aber, dass die Person mit der Antwort gezeit habe, dass es ihr nicht um eine politische Haltung geht, sondern darum, dass die Person sich beleidigt fühlt.

Christian B. (LHG) möchte, dass der Vorstand Stellung bezieht zu den Fragen bei denen in der Antwort auf den Vorstand verwiesen wird.

Marlon K. antwortet mit Bezug auf die Frage nach Social-Media-Schulungen, dass Schulungen bezüglich der Außenkommunikation schon länger geplant seine, durch die Corona-Krise aber in den Hintergrund gerügt seien. In Zukunft werde sich auch das Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit verstärkt um eine professionelle Kommunikation nach außen kümmern.

Mit Bezug auf die personelle Besetzung der OB-Kandidierendendiskussion verweist

Marlon auf die schriftliche Antwort des AStA und das dem AStA keine Bewertung von Parteien zu stehe.

[23:05 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

[23:07 Uhr: Die Sitzungsleitung vertagt die Sitzung auf Montag, den 20. Juli 2020 um 18:15 Uhr s.t., da kein weiterer Tagesordnungspunkt (außer Verschiedenes) mehr aufgerufen werden darf.]

Beifall in Teilen des Sitzungssaals.

2. Teil am 20. Juli

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Fraktion „Campusgrün“ (CG) [3/4]:
Daniel Laps, Julia Göhler (ab TOP 0), Melissa Schulz

Fraktion „die Linke.sds“ (SDS) [1/2]:
Henriette Tölle

Fraktion „Juso Hochschulgruppe“ (Juso) [4/4]:
Mahyar Ghavami, Lukas Moll, Joshua Pätzold, Simon Sommer

Fraktion „LHG - die Liberalen“ (LHG) [2/2]:
Christian Bruns, Eira Dengel

Fraktion „RCDS - die studentische Mitte“ (RCDS) [4/4]:
Alexandra Bitschinski, Sebastian Happel, Rebecca Hermans, Ronja Immelmann

Abwesend:

Entschuldigt: Robin Bitter (SDS), Max Kasch (SDS), Fabian Korner (SDS), Lara Volkmer (CG)

Beginn der Sitzung

[18:26 Uhr: Christian B. eröffnet als SP-Präsident die Sitzung.]

[Die Protokollführung übernimmt Daniel L. als stellvertretender SP-Präsident.]

[Es sind 13 Parlamentsmitglieder anwesend.]

TOP 0 Regularia

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung wird festgestellt.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Änderungen der vorliegenden Tagesordnung

[Es liegt bereits eine genehmigte Tagesordnung aus dem ersten Teil der Sitzung vor. Änderungen sind nach der Geschäftsordnung als GO-Antrag zu beantragen.]

[18:27 Uhr: **GO-Antrag** von Ronja I. (RCDS) auf Änderung der Tagesordnung: Aufnahme eines TOP „Stimmungsbild der Studierenden zur Lehre im Wintersemester“ vor TOP 20. Keine Gegenrede. Die Tagesordnung wird geändert.]

Geänderte Tagesordnung

TOP 0: Regularia

TOP 1: Antrag: „Finanzielle Unterstützung für die Medizinische Flüchtlingshilfe“

- TOP 2: Antrag: „Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit“
TOP 3: Bestätigungen
TOP 4: Wahl eines 3. stellvertretenden AStA-Vorstandes
TOP 5: Antrag: „Neufassung der Geschäftsordnung“
TOP 6: Anfrage: „Arbeit des TINby-Referat im aktuellen Semester“
TOP 7: Anfrage an das Referat für Hochschulpolitik
TOP 8: Anfrage an den AStA-Vorstand
TOP 9: Anfrage: „Beschluss des Bundeskongresses von ‚Die Linke.SDS‘: Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!“
TOP 10: Berichte
a. des AStA-Vorstandes
b. des SP-Präsidiums
c. aus sonstigen Gremien, Ausschüssen und Referaten
TOP 11: Antrag: „Erlass der Mahngebühr für den Semesterbeitrag“
TOP 12: Antrag: „Hilfen für die Bezahlung des Sozialbeitrages bekannt machen“
TOP 13: Antrag: „Verlängerung der Rückmeldefrist“
TOP 14: Wahl eines studentischen Mitglieds und eines stellvertretenden studentischen Mitglieds in die Arbeitsgruppe „Online-Wahlen“ der Universität
a. Wahl eines Mitgliedes
b. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes
TOP 15: Antrag: „Änderung der Regelungen für die Mailverteiler des SP unter Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06“
TOP 16: Antrag: „Livestream Ausstattung für das SP“
TOP 17: Antrag: „1 Standdrucker für den AStA-Flur“
TOP 18: Antrag: „2 Tischdrucker für den AStA“
TOP 19: Antrag: „Datenschutzpaket für den AStA“
TOP 20: Stimmungsbild der Studierenden zur Lehre im Wintersemester
TOP 21: Verschiedenes
-

[18:28 Uhr: **GO-Antrag** von Christian B. (LHG) auf Änderung der Tagesordnung: Aufnahme eines TOP „Bestätigungen II“ als nächsten TOP. Keine Gegenrede. Die Tagesordnung wird geändert.]

Geänderte Tagesordnung

- TOP 0: Regularia
TOP 1: Antrag: „Finanzielle Unterstützung für die Medizinische Flüchtlingshilfe“
TOP 2: Antrag: „Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit“
TOP 3: Bestätigungen
TOP 4: Wahl eines 3. stellvertretenden AStA-Vorstandes
TOP 5: Antrag: „Neufassung der Geschäftsordnung“
TOP 6: Anfrage: „Arbeit des TINby-Referat im aktuellen Semester“
TOP 7: Anfrage an das Referat für Hochschulpolitik
TOP 8: Bestätigungen II
TOP 9: Anfrage an den AStA-Vorstand
TOP 10: Anfrage: „Beschluss des Bundeskongresses von ‚Die Linke.SDS‘: Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!“
TOP 11: Berichte
a. des AStA-Vorstandes

- b. des SP-Präsidiiums
 - c. aus sonstigen Gremien, Ausschüssen und Referaten
 - TOP 12: Antrag: „Erlass der Mahngebühr für den Semesterbeitrag“
 - TOP 13: Antrag: „Hilfen für die Bezahlung des Sozialbeitrages bekannt machen“
 - TOP 14: Antrag: „Verlängerung der Rückmeldefrist“
 - TOP 15: Wahl eines studentischen Mitglieds und eines stellvertretenden studentischen Mitglieds in die Arbeitsgruppe „Online-Wahlen“ der Universität
 - a. Wahl eines Mitgliedes
 - b. Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes
 - TOP 16: Antrag: „Änderung der Regelungen für die Mailverteiler des SP unter Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06“
 - TOP 17: Antrag: „Livestream Ausstattung für das SP“
 - TOP 18: Antrag: „1 Standdrucker für den AStA-Flur“
 - TOP 19: Antrag: „2 Tischdrucker für den AStA“
 - TOP 20: Antrag: „Datenschutzpaket für den AStA“
 - TOP 21: Stimmungsbild der Studierenden zur Lehre im Wintersemester
 - TOP 22: Verschiedenes
-

[18:28 Uhr: Julia G. (CG) betritt digital zugeschaltet den Sitzungssaal und ist ab dem nächsten TOP abstimmberechtigt.]

[18:29 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 8 Bestätigungen II

[18:29 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[18:29 Uhr: Marlon K. (AStA-Vorstand) gibt eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab.]

Persönliche Erklärung von Marlon K. (AStA-Vorstand)

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,
ich möchte ein paar Richtigstellungen meiner Ausführungen bezüglich der Anfrage an das Referat für Hochschulpolitik machen – welche ich auf dem letzten Teil der Sitzung getätigt habe –, um die Meinung des AStA-Vorstands korrekt wiederzugeben. Zunächst möchte ich festhalten, dass ich zu keiner Zeit eine inhaltliche Entschuldigung für diese Anfrage getätigt habe. Sollte ein solcher Eindruck entstanden sein, möchte ich diesen hiermit dementieren. Generell war die Form einer Entschuldigung der falsche Weg, da die Erklärung fristgerecht und damit rechtzeitig beim Präsidium eingegangen ist. Ich möchte betonen, dass der AStA-Vorstand mit der Arbeit des Referats für Hochschulpolitik sehr zufrieden ist: Das Referat hat die vergangenen Veranstaltungen gänzlich alleine organisiert, auf qualitativ sehr hohem Niveau gestaltet und den Studierenden ein breites Bild über verschiedene Themen vermittelt: Besonders hervorheben möchte ich dabei die Veranstaltungen über den Mindestlohn, die Diskussion mit Minister Pinkwart bezüglich Klimaschutz in NRW bzw. Veranstaltungen über den Klimawandel generell sowie das OB-Duell und viele weitere Veranstaltungen, die leider aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden mussten. Daher möchte ich dem Referat für Hochschulpolitik meinen Dank für die großartige Arbeit aussprechen und möchte mich für meine Äußerungen auf dem vergangenen Teil der Sitzung entschuldigen. Diese sind einem Vorstandsmitglied,

welches sich nicht nur vor sein Referat stellen sollte, sondern dies auch dringlichst möchte, nicht würdig. Auf dem letzten Teil der Sitzung war ich leider aufgrund von Erschöpfung nicht in der Lage, die Haltung des AStA-Vorstands hinsichtlich dieser Anfrage korrekt wiederzugeben: Der AStA-Vorstand stellt sich vollumfänglich hinter die Beantwortung dieser Anfrage und ist froh, dass sich so begeisterte Personen im Referat für Hochschulpolitik ehrenamtlich engagieren.

[18:31 Uhr: Joshua P. (Juso) gibt eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab. Die Erklärung ist nicht beim Präsidium eingegangen.]

Der AStA-Vorstand möchte Alena P. auf die Projektstelle „Verwaltung“ im Fachschaftenreferat bestätigen (150 EUR, 01.08. bis 31.12.).

Alena P. stellt sich vor:

Sie komme aus der Fachschaft Kunstgeschichte. Sie habe Interesse die Projekte des Referates zu leiten und zu unterstützen.

Lukas M. (Juso) fragt, ob Alena eigentlich als Referentin bestätigt werden wollte.

Antwort: Eigentlich wollte sie als Referentin bestätigt lassen. Das sei jedoch nicht möglich gewesen.

Lukas M. (Juso) fragt weiter, ob sie organisatorisch eher dem Vorstand oder dem Fachschaftenreferat untergeordnet werden möchte.

Antwort: Sie habe nichts gegen den Vorstand, aber sie wolle dem Fachschaftenreferat untergeordnet werden wollen.

Lukas M. kündigt Fragen an den Vorstand im TOP Berichte an.

Abstimmung: Bestätigung von Alena P.

Dafür: 14

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Alena P. ist bestätigt.

Die von der FSVK beschlossene Aufwandsentschädigung von Sarah F. im Fachschaftenreferat soll bestätigt werden. ($\frac{3}{4}$ A3, 01.08. bis Ende der Amtszeit).

Sarah F. stellt sich vor.

Abstimmung: Bestätigung der Aufwandsentschädigung von Sarah F.

Dafür: 14

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Sarah F. ist bestätigt.

[18:38 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 9 Anfrage an den AStA-Vorstand

[18:38 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Keine Wortmeldungen.

[18:39 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 10 Anfrage: „Beschluss des Bundeskongresses von ‚Die Linke.SDS‘: Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!“

[18:39 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Keine Wortmeldungen.

[18:39 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 11 Berichte

TOP 11.a des AStA-Vorstandes

[18:39 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Bericht des Vorstandes: Foodsharing

Es wurde ein Hygiene-Konzept für Enjoy the Food erstellt und auch übergeben. Die Umsetzung wurde besprochen und zwei Verteilungen haben bereits stattgefunden, diese verliefen gut und es wurde sich an das Hygienekonzept gehalten. Uns ist aufgefallen, dass die überwiegende Zahl der Teilnehmer*innen studentisch war. Dies konnte man aufgrund der Einteilung der Teilnehmer*innen in Studierende und Nichtstudierende feststellen. Die Verteilung findet nun wieder wöchentlich statt.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: Personal

Es haben Gespräche mit Teilen des CampusKinos stattgefunden. Während diesen Gesprächen haben wir erfahren, dass ein*e Referent*in weitergearbeitet hat. Es wurden Konzepte zur Wiederaufnahme der Veranstaltungen entworfen, zudem wurde mit den Vertragspartnern weitere Gespräche geführt. Wir haben uns dazu entschieden, dass ein*e Referent*in die Aufwandsentschädigung nachträglich ausgezahlt bekommt. Von den anderen Referent*innen haben wir leider noch keine Rückmeldung erhalten. Die Person führt das Campus-Kino daher zunächst alleine weiter.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: Vorbesprechung ESAG

Es fand eine Vorbesprechung zur Besprechung der ESAG statt, an dieser haben Lara und Rebecca sowie das Fachschaftenreferat teilgenommen. Auf dieser wurde besprochen, dass die ESAG vom 21.10 - 23.10. laufen soll. An diesen drei Tagen sollen dann keine anderen Veranstaltungen oder Online-Angebote stattfinden. Herr Börner hat sich deutlich ausgedrückt, dass diese drei Tage für die Fachschaften zur Verfügung stehen und sonst nichts angeboten werden darf. Zudem gibt es eventuell die Möglichkeit, dass einige Hörsäle eine Woche später auch belegt werden können, da diese sonst für die

Veranstaltungen der Erstsemesterstudierenden freigehalten werden, in dieser Woche haben die Erstis aber noch keine Veranstaltungen.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: Barrierefreie Lehre

Es kam zu einem Treffen mit der Diversity-Stelle der Universität. Auf diesem Treffen wurde ein Infotext für Studierende vorgestellt, bei dem es um die barrierefreie Lehre gerade auch in Zeiten der Online-Lehre geht. Dieser war schon gut, jedoch musste er noch um Kleinigkeiten ergänzt werden. Er ist nun auf der Website der Universität verfügbar.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: Barrierefreie Lehre

Der Haushalt wurde verabschiedet. Zudem gab es mehrere Vorschläge des FIT-Plenums hinsichtlich Änderungen an Satzung und Geschäftsordnung, damit eine bessere Gleichstellung erreicht werde: Das FIT-Plenum solle in der Satzung verankert werden, zudem solle es eine Quotierung für Delegationen für die Studierendenschaften geben, die am LAT teilnehmen. Es wurde über das Konsens-Prinzip gesprochen. Mehrere sprachen sich dafür aus, das Konsens-Prinzip durch eine hohe Mehrheit zu ersetzen.

Zu der Koordinationsstelle: Es gab einen Vorschlag, klar in der Satzung zu definieren, dass, wenn sich nur Männer bewerben, eine einzelne Stelle nicht besetzt und gewählt werden kann - dies würde aber ebenfalls keinen Konsens finden, sodass die derzeitige Regelung aus der Satzung an der Stelle unserer Meinung nach bestehen bleibt.

Diese Ideen wurden besprochen, jedoch wurde noch nichts beschlossen.

Christian B. (LHG) fragt, wie der Vorstand zu Vorschlägen des FIT-Plenum steht.

Antwort Rebecca S. (AStA-Vorstand): Der Vorstand schickt immer eine quotierte Delegation zum LAT. Der Vorstand steht nicht hinter einer Muss-Formulierung, sondern präferiert eher eine Kann-Formulierung.

Der Vorstand sei nicht hundertprozentig von einer FIT-Plenum überzeugt.

Daniel L. fragt, ob der Vorstand ihm zustimmt, dass nach der Satzung des LAT die Mitglieder des LAT die Studierendenschaften sind, damit keine natürlichen Personen, es daher keine Delegationen gibt und aus diesem Grund unklar ist, was mit einer quotierten Delegation gemeint ist.

Marlon K. (AStA-Vorstand) stimmt Daniel zu.

Bericht des Vorstandes: Presse-Anfragen

Presseanfragen gab es zu den Themen Burschenschaften und Studieren mit Corona. Das Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit hat die Kommunikation übernommen.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: Nachfolge Task-Force Lehre

Da Fabian S. scheidet aus der Task-Force Lehre aus, weshalb eine Nachfolge notwendig ist. Der AStA-Vorstand hat beschlossen, Ronja I. in die Task-Force Lehre als Repräsentantin des AStAs zu übersenden.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: OB-Duell (Rückblick)

Die Veranstaltung war gut besucht, die Zahl der Zuschauenden lag ungefähr konstant bei 80-90, wobei das Video inzwischen 357 Aufrufe hat. Die Kandidierenden haben die vier Themen - Nachhaltigkeit, Mobilität, Wohnraum und Kultur mit studentischem Bezug - weitreichend diskutiert, die verschiedenen Positionen sind deutlich geworden. Bedauerlicherweise konnte der Kandidat von Bündnis 90/Die Grünen nicht an der Veranstaltung teilnehmen, da es bei ihm zu terminlichen Schwierigkeiten kam. Die zur Verfügung stehende Zeit wurde vollständig aufgewendet, die Teilnehmenden sind stets zu Wort gekommen und haben auch untereinander um die besten Lösungen für Düsseldorf gestritten, sodass sich die Zuschauenden ein tieferes Bild dieser Kandidierenden machen konnten. Des Weiteren zeigt diese Auslastung, dass - wenn es das Ziel der Veranstaltung sein soll, den Zuschauenden auch ein in die Tiefe reichendes Bild der Kandidierenden zu vermitteln - die Schätzung des AStAs, vier Leute einzuladen, genau richtig war: Während bei schon drei Teilnehmenden das letzte Thema nicht vollständig ausdiskutiert wurde, hätte bei vier Teilnehmenden das Bild nicht so sehr in die Tiefe gehen können. Dies bestätigt die Entscheidung, auch aufgrund der Kapazitätsauslastung nur vier Personen eingeladen zu haben.

Henriette T. (SDS) fragt, wann der Vorstand von der Absage des Kandidaten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfahren hat.

Antwort Marlon K. (AStA-Vorstand): Während der Veranstaltung.

Joshua P. (Juso) fragt, wieso der Vorstand nicht eine*n Kandidat*in in Reverse gehalten hat.

Antwort Marlon K. (AStA-Vorstand): Das Problem sei das die Planung einer solchen Veranstaltung auf genau die vier Kandidierenden zugeschnitten werden muss.

Daniel L. (CG) fragt Joshua, ob er ernst gerade gefragt habe, ob der AStA für den unwahrscheinlichen Fall, dass ein Person vom Duell kurzfristig abspringt, eine weitere Person im Peto habe.

Antwort: Er habe den hypothetischen Fall gemeint, dass der Vorstand frühzeitig davon erfahren hätte, dass eine Person weniger kommt.

Marlon K. (AStA-Vorstand) sagt, dass er keine Pläne für Fälle, die nicht eingetreten sind und die nicht ausgearbeitet worden sind, berichten kann.

Bericht des Vorstandes: Fachschaft Biologie

Die Fachschaft wurde per Aushang an der Tür darüber informiert, dass der Raum im Zuge der Renovierung eines Hörsaals ebenfalls Teil dieser Baustelle wird. Hintergrund ist, dass es sich bei dem Fachschaftsraum um den Technikraum des Hörsaals handelt. Die Fachschaft wurde auf keinen anderen Weg über diesen Zustand informiert, ein

befreundeter Dozent informierte die Fachschaft, die daraufhin die notwendigen Materialien aus dem Raum geholt hat. Die Sprechstunden der Fachschaft finden vorübergehend im AStA statt.

Die verantwortlichen Stellen von D6 haben zum Teil auf Nachfrage nicht reagiert, ebenso wurde das Dekanat durch das Fachschaftenreferat in Kenntnis gesetzt. Zum aktuellen Zeitpunkt kann der Fachschaftsrat Biologie erst wieder in seinen Raum zurückkehren, sobald die Baumaßnahmen abgeschlossen sind. Da es auch nicht feststand, ob die Fachschaft Biologie überhaupt noch einen eigenen Raum hat, stehen wir mit D6 in Kontakt. Das Rektorat wurde über die Vorgehensweise informiert.

Joshua P. (Juso) fragt, wie lange die Renovierung dauert.

Antwort Rebecca S. (AStA-Vorstand): Genauere Informationen könne sie nicht mitteilen, da die Thematik von Lara bearbeitet werden würde, jedenfalls nicht länger als einige Monate.

Daniel L. (CG) ergänzt, dass die Fachschaft Biologie in Zukunft im Biologie-Neubau untergebracht werden soll.

Bericht des Vorstandes: Semesterticket

Der Verwaltungsrat der VRR AöR hat am 22.06.2020 eine Absenkung der Semesterticket-Preise ab dem 01.08. bis 31.12.2020 beschlossen. Es ergibt sich für den VRR-Anteil des Semestertickets eine Absenkung von 0,94 EUR im Sommersemester 2020 und 1,41 EUR im Wintersemester 2020/2021 pro Student*in - zusammen 2,35 EUR. Dies umfasst nicht eventuelle Änderungen des NRW-Teils. Ziel soll es sein, dass die Beiträge den Studierenden zufließen sollen. Wir hatten bei der Universität angefragt, ob eine Rückzahlung an die Studierenden in Betracht kommen würde. Eine Antwort ergab, dass eine Rückerstattung der MwSt. für das Semesterticket - nach Rücksprache mit der Rechtsaufsicht - aus rechtlichen und technischen Gründen leider nicht möglich sei. Eine Nachfrage unsererseits ergab, dass die technischen Gründe darin lägen, dass dies beim Einsatz der aktuellen Systeme einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erzeugen würde. Rechtliche Hindernisse würden sich aus § 57 Abs. 1 HG NRW ergeben, da die Universität gemäß Satz 5 lediglich verpflichtet werde, die Beiträge von den Studierenden für die Studierendenschaft einzuziehen. Dadurch habe die Universität den Anspruch auf Verwaltungshilfe erfüllt. Bei § 57 Abs. 1 S. 5 HG NRW handele es sich um eine Sonderregelung, da eigentlich die Studierendenschaft gemäß § 57 Abs. 1 S. 5 HG NRW die Beiträge erheben würde. Daher komme eine Abweichung nicht in Betracht. Wie wir mit der Situation umgehen werden, müssen wir noch mit dem Finanzreferat abstimmen. Mögliche Ideen wären es, den nächstmöglichen Sozialbeitrag entsprechend zu senken und / oder die Gelder dem Haushaltstopf für die Semesterticketrückerstattung hinzuzufügen. Beide Ideen wurden sowohl von Prof. Körber - welcher die HÜF-Schulung organisiert - als auch vom Haushaltsbeauftragten für möglich erachtet.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: Steuererklärung 2018

Die Steuerklärung ging an das Finanzamt: Wir erhalten sehr wahrscheinlich ca. 45.038,77 EUR zurück, der Steuerberater erhält insgesamt 26.307,93 EUR als Vergütung. Wir

würden also insgesamt 18.730,84 EUR zurückerhalten.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: NextBike-Zahlen

Aufgrund der neuen App für Erstis müssen neue Texte erstellt werden. Alle AStA-Mitglieder sind angehalten, die für sie wichtigen Texte zu überarbeiten. Der Prozess ist beinahe fertig.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: Studierendenwerk

Hinsichtlich der Gastronomie wird am aktuellen Kurs festgehalten. Daher sind weitere Öffnungen momentan nicht angedacht, wobei die Lage wöchentlich stets beurteilt wird. In Bezug auf das Wintersemester kann noch keine Aussage gemacht werden; maßgeblich wird weiterhin die Nachfrage der Studierenden sein. Im UNO kann eine signifikant steigende Nachfrage von Studierenden nicht festgestellt werden, meistens sind weiterhin Beschäftigte die Gäste. Im UNO gibt es weiterhin eine Auswahl aus mehreren wechselnden Gerichten. Hinsichtlich der Vermietung wurde ein höherer Leerstand an Wohnungen im Vergleich zum letzten Jahr festgestellt. Dieser hält sich allerdings in Grenzen.

Hinsichtlich der Überbrückungshilfen für Studierende ist festzuhalten, dass ungefähr 1.400 Anträge bereits bearbeitet wurden [Stand: 13.07.2020]. Zwar ist die Bearbeitung dieser Masse an Anträgen durchaus herausfordernd - zumal längst nicht alle Anträge den Anforderungen entsprechend vollständig ausgefüllt sind -, jedoch kommt das Studierendenwerk der Bearbeitung gut hinterher.

Christian B. (LHG) appelliert an den Vorstand sich bei den Berichten kürzer zu fassen, um die Sitzung nicht unnötig in die Länge zu ziehen.

Bericht des Vorstandes: Digitale Campusmesse

Die digitale Campusmesse wird als Messe aufgebaut. Der AStA hat insgesamt zwei Stände (einer für die autonomen Referate, einer für den restlichen AStA).

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: Campuszeitung

Lara hat mit Andreas Meske vom Hochschulradio gesprochen. Gesprächsthema war der aktuelle Stand der Campuszeitung. Das Hochschulradio arbeitet mit Hochdruck an der Fertigstellung: Sie kaufen Technik ein und tauschen sich mit Firmen über die App aus. Die Corona-Pandemie hat den Prozess verlangsamt, jedoch wurde dieser wiederaufgenommen.

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Vorstandes: FSVK vom 14.07.2020

Auf der FSVK vom 14.07.2020 haben sich verschiedene Geschehnisse ereignet. Es sollten 4 Personen ins Fachschaftenreferat gewählt werden. Aus rechtlichen Gründen konnte jedoch nur eine Person an diesem Tag hineingewählt werden. Zwei weitere Personen können auf der nächsten FSVK gewählt werden; bis dahin sind sie Assistenzstellen, um das Fachschaftenreferat bereits jetzt schon unterstützen zu können. Die vierte Person soll eine Projektstelle „Verwaltung im Fachschaftenreferat“ bekommen. Es arbeiten dann sechs Personen im Fachschaftenreferat. Dabei sollen die Aufwandsentschädigungen (insgesamt 5 x 200 EUR) wie folgt verteilt werden: Cid erhält weiterhin 300 EUR, Robin 100 EUR. Die vier weiteren sollen jeweils 150 EUR erhalten. Aufgrund der Schwierigkeit mit der Bestätigung im SP ergibt sich folgendes Verfahren: Auf der heutigen Sitzung sollen die Projektstelle - welche von Anfang August bis Ende Dezember angedacht ist - und die gewählte Stelle im Fachschaftenreferats für August bestätigt werden. Die Assistenzstellen werden jedoch erst nach der SP-Sitzung ins Fachschaftenreferat gewählt; sie können erst auf der August-Sitzung für September bestätigt werden. Der AStA-Vorstand wird ihnen daher jeweils 150 EUR auf Vorstandsbeschluss zukommen lassen. Im Dezember soll dann die Projektstelle ins Fachschaftenreferat gewählt werden, da Cid im Dezember - wohl - zurücktreten wird. Die Gelder, die für die Projektstelle aufgewendet werden, werden zwar aus dem Projektstellentopf finanziert; jedoch soll im zweiten Nachtragshaushalt das entsprechende Geld aus dem Topf des Fachschaftenreferats in den Topf für die Projektstellen verlagert werden. Dies würden dann auch gut in das Haushaltsjahr passen.

Lukas M. (Juso) fragt, wie der Vorstand mit der Projektstelle umgehen wolle.

Antwort Marlon K. (AStA-Vorstand): Formal unterstehe zwar die Projektstelle dem Vorstand. Der Vorstand wolle aber nicht von seinen Recht gebrauch machen.

Lukas M. (Juso) fragt, wann dem Vorstand bekannt geworden ist, dass das vom Fachschaftenreferat vorgesehene Verfahren nicht durchgeführt werden kann.

Antwort: Das sei erst auf der Sitzung bekannt geworden, da das Verfahren auch erst auf der Sitzung dem Vorstand offenbar geworden sei.

TOP 11.b des Präsidiums

Bericht:

- an der Wahl-FSVK teilgenommen und beratend tätig geworden
- die Sitzung organisiert
- Antrag des SP-Präsidiums vorbereitet
- keine Neuigkeiten zur Website

Christian B. (LHG) sagt, dass er anders als der AStA-Vorstand weiterhin die kurzfristige Einreichung der Antwort des Referat für Hochschulpolitik nicht für akzeptabel hält. Er kündigt eine Änderungsantrag zur Geschäftsordnung zur nächsten Sitzung an, um so ein Verhalten in Zukunft auszuschließen.

Beifall in Teilen des Sitzungssaals.

Rebecca S. (AStA-Vorstand) sagt, dass die Antwort erst kurz vor der Sitzung fertig gestellt worden ist. Das Referat habe sich erst sammeln und absprechen müssen und

habe zuvor viel zu tun gehabt.

Lukas M. fragt, wann die Listen wieder Räume buchen können.

Antwort Christian B. (LHG): Das Präsidium werde sich mit D6 in Verbindung setzen und dann eine Antwort verschicken.

Rebecca H. (RCDS) wünscht ebenfalls eine Antwort auf die Frage zu erhalten.

TOP 11.c aus sonstigen Gremien, Ausschüssen und Referaten

Daniel L. (CG) berichtet, dass er auf Vorschlag des AStA zum Rechnungsprüfer beim LAT gewählt worden ist. Die Rechnungsprüfung habe stattgefunden und sei ohne Beanstandung gewesen.

[19:13 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 12 Antrag: „Erlass der Mahngebühr für den Semesterbeitrag“

[19:13 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[19:14 Uhr: **GO-Antrag** von Christian B. (LHG) auf Gemeinsame Aussprache über einen im Sachzusammenhang stehenden Verhandlungsgegenstand. Verhandlungsgegenstände sollen die Anträge der TOPs 13 und 14 sein. Keine Gegenrede. Der GO-Antrag ist angenommen.]

[19:14 Uhr: **GO-Antrag** von Christian B. (LHG) auf Unterbrechung der Sitzung für 3 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[19:14 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.]

[19:18 Uhr: **GO-Antrag** von Rebecca H. auf Unterbrechung der Sitzung für 3 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[19:22 Uhr: Wiedereintritt in die Sitzung.]

Christian B. (LHG) appelliert an die abstimmungsberechtigten Mitglieder des SP pünktlich nach einer Unterbrechung wieder im Sitzungssaal zu sein.

Henriette T. (SDS) stellt den Antrag ihrer Fraktion vor:

Ziel sei es die Mahngebühr zu erlassen wenn der semesterbeitrag zu spät gezahlt wird. Hintergrund sei, dass Geld bei den Studierenden in der Corona-Krise nicht im gleichen Maße vorhanden ist, wie sonst. Aus ihrer Sicht lassen sich die drei Anträge sehr gut miteinander verbinden.

Christian B. (LHG) stellt den Antrag der Koalition vor:

Der Antrag sei als Reaktion auf den Antrag des SDS entstanden. Die Koalition halte es nicht für zielführend die Mahngebühr zu erlassen. Das löse das Problem nicht, weil die Studierenden dann trotzdem kein Geld hätten, besser sei es auf die Möglichkeit eines zinslosen Kredites hinzuweisen.

Lukas M. (Juso) stellt den Antrag seiner Fraktion vor:
Der Antrag sei ebenfalls als Reaktion auf die beiden Anträge entstanden. Sie würden für eine Verlängerung der Rückmeldefrist plädieren, weil auch das den Studierenden die Bezahlung des Semesterbeitrages erleichtern würde. Der im Antrag genannte 30.10. sei ein Fehler, gemeint sei der 31.10. Das Datum sei weit nach hinten gesetzt worden, damit sich der Vorstand und die Task-Force Lehre vom Rektorat runterhandeln lassen kann.

Christian B. (LHG): Es sei eine gute Idee vom SDS den Leuten entgegen zukommen. Er habe aber ein Problem mit dem Erlass der Mahngebühren, da sich daraus ein Recht ergeben würde ohne etwas zu sagen nicht zu bezahlen. Dies können nicht die Lösung sein: Richtig sei es, dass die Leute sich melden und dann gemeinsam an einer Lösung erarbeitet wird. Außerdem halte den Erlass von 10 EUR auf Grund des geringen Wertes nicht als wirklich hilfreich.

Henriette T. (SDS) widerspricht Christian: Auch 10 EUR könnten viel Geld sein. Der Erlass sei als Überbrückung gedacht: Zum Beispiel wenn die Auftragslage derzeit keine Bezahlung zu lasse, eine Besserung der Auftragslage aber in Aussicht stehe.

Rebecca S. (AStA-Vorstand) sagt, dass die Verlängerung der Rückmeldefrist bereits in der Task Force Lehre besprochen worden ist und auch morgen wieder besprochen wird.

Rebecca H. (RCDS) spricht sich dafür aus alle Anträge zu kombinieren, da sich die Anträge nicht gegenseitig ausschließen würden.

Marlon K. (AStA-Vorstand) erklärt, dass neben dem Darlehen auch eine Semesterticket-rückerstattung beantragt werden kann, sodass am Ende nur 100 EUR bezahlt werden müssen.

Es wird diskutiert, wie die genauen Formalitäten einer verspäteten Rückmeldung sind.

[19:35 Uhr: **GO-Antrag** von Daniel L. (CG) auf Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[19:35 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.]

[19:45 Uhr: Wiedereintritt in die Sitzung.]

[19:46 Uhr: **GO-Antrag** von Daniel Laps (CG) auf Nicht-Befassung des Antrages. Keine Gegenrede. Der Antrag ist angenommen.]

[19:47 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 13 Antrag: „Hilfen für die Bezahlung des Sozialbeitrages bekannt machen“

[19:47 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[Die Antragstellenden ziehen ihren Antrag zurück.]

[19:48 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 14 Antrag: „Verlängerung der Rückmeldefrist“

[19:48 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Änderungsantrag: „Fristkorrektur“ von Lukas M.

Ersetze den Antrag durch:

dass der AStA-Vorstand sich beim Rektorat dafür einsetzt, die Rückmeldefrist für das Wintersemester 2020/21 soweit wie möglich, beispielsweise bis zum 31.10.2020, zu verlängern.

[Der Änderungsantrag wird von der antragstellenden Fraktion übernommen.]

Änderungsantrag: „Mahnggebühren bekannt machen“ von Daniel L. (CG)

Neuer Absatz:

Der AStA wird darüber hinaus aufgefordert, sich unverzüglich dafür einzusetzen, dass die Studierenden über das Studierendenportal und über eine E-Mail an alle Studierenden auf die Möglichkeit eines Darlehens von der Studierendenschaft für die Leistung des Sozialbeitrages und auf die Möglichkeit der Rückerstattung des Semesterticketsbeitrages hingewiesen werden.

[Der Änderungsantrag wird von der antragstellenden Fraktion übernommen.]

Henriette T. (SDS) möchte den Antrag ihrer Fraktion als Änderungsantrag stellen.

Änderungsantrag: „Mahnggebühr erlassen I“ von Christian B. (LHG)

Neuer Absatz:

Sollte eine Verlängerung der Rückmeldefrist nicht möglich sein, so setzen sich die studentischen Vertreter dafür ein, dass keine Mahnggebühr bei einer verspäteten Zahlung des Semesterbeitrages verlangt wird.

Christian B. bittet die Antragstellenden den Änderungsantrag nicht zu übernehmen.

Änderungsantrag: „Mahnggebühr erlassen II“ von Lukas M.

Neuer Absatz:

Sollte eine Verlängerung der Rückmeldefrist nicht möglich sein, so setzen sich die studentischen Vertreter*innen dafür ein, dass keine Mahnggebühr bei einer verspäteten Zahlung des Semesterbeitrages verlangt wird.

[Christian B. (LHG) zieht seinen Änderungsantrag zurück.]

Änderungsantrag: „Mahnggebühr erlassen III“ von Simon S. (Juso)

Neuer Absatz:

Sollte eine Verlängerung der Rückmeldefrist nicht möglich sein oder die Rückmeldefrist bis spätestens dem 15.9. liegen, so muss sich der AStA-Vorstand für einen Erlass der Mahngebühr einsetzen.

[Die Änderungsanträge „Mahngebühr erlassen II“ und „Mahngebühr erlassen III“ sind konkurrierend. Der Änderungsantrag „Mahngebühr erlassen III“ ist weitergehend und wird zuerst abgestimmt.]

Abstimmung über den Änderungsantrag: Mahngebühr erlassen III

Dafür: 11

Enthaltungen: 2

Dagegen: 1

Der Änderungsantrag ist angenommen. Die Abstimmung über den konkurrierenden Änderungsantrag entfällt.

Abstimmung: Antrag: „Verlängerung der Rückmeldefrist“ in der geänderten Fassung

Dafür: 14

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Der Änderungsantrag ist angenommen.

[19:59 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 15 Wahl eines studentischen Mitglieds und eines stellvertretenden studentischen Mitglieds in die Arbeitsgruppe „Online-Wahlen“ der Universität

[19:59 Uhr: Eintritt in den TOP.]

TOP 15.a Wahl eines Mitgliedes

Marlon K. (AStA-Vorstand) verliest eine Stellungnahme des Referat für Hochschulpolitik: „Corona hat den Alltag aller Studierenden stark beeinflusst. Studierende werden seltener auf dem Campus anzutreffen sein und selbst wenn sie auf dem Campus sind viel kürzer. Die Präsenzlehre wird im Wintersemester 2020/21 stark eingeschränkt sein. Gerade deshalb ist es wichtig offen über diesen Tagesordnungspunkt zu diskutieren. Den Status Quo beizubehalten würde bedeuten, dass die Wahlbeteiligung noch niedriger ausfallen würde. Deshalb brauchen wir besonders in Zeiten von Hygienekonzepten und Onlinelehre einen Wandel in Richtung Technologiefreundlichkeit. Das Hochschulgesetz lässt es den Universitäten offen, ob sie Online Wahlen durchführen wollen. Einige Universitäten haben diesen Schritt schon gemacht - wie die Universität Lübeck und die TU Dortmund. Dortmund entschied sich unter Berücksichtigung von Corona zu Online-Wahlen des Studierendenparlaments, des Senats, des Fakultätsrates und weiterer Gremien. Das passende Wahlsystem bietet hierbei der Anbieter „POLYAS“ an. Diese Wahlsoftware erfüllt die Anforderungen des internationalen Schutzprofils nach Common Criteria und ist zentraler Bestandteil der Zertifizierung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Die Einhaltung der Wahlgrundsätze im Wahlsystem wird durch die Anwendung kryptografischer und mathematischer Methoden gewährleistet. So wird beispielsweise das Wahlgeheimnis durch asymmetrische

Verschlüsselungsverfahren gewahrt. Nach der Stimmabgabe ist kein Rückschluss der Wählerstimme auf die Identität des Wählers mehr möglich. Bei der TU Dortmund sieht der Online-Wahlgang folgendermaßen aus:

1. Die WählerInnen melden sich mit Username und Passwort des Uni-Mail-Accounts an
2. Das System bestätigt, dass die WählerInnen im Wählerverzeichnis eingetragen sind
3. Die WählerInnen erhalten den Stimmzettel und machen Ihre Kreuze
4. Die WählerInnen können ihre Eingabe überprüfen und bestätigen.

In einem Semester in dem Lehre und Wahlwerbung online sind sollten auch die Wahlen Online sein. Die sowieso schon sehr niedrige Wahlbeteiligung von 8 Prozent würde durch Hygienekonzepte, Hybridsemester und Abstandsregeln noch weiter sinken. Eine komplette Briefwahl wie sie von der Fernuniversität Hagen durchgeführt wird wäre natürlich eine Option, allerdings ist der Logistische Aufwand wesentlich höher und Online Wahlen wären vor allem bezüglich des Aspektes der Nachhaltigkeit anzuraten. Daher bittet das Hopo -Referat das Studierendenparlament darum, Personen in die Gremien zu entsenden, die die von uns genannten Aspekte beachten und, dass sich diese Personen ein breites Meinungsbild der Studierenden zum Thema Online-Wahlen einholen.“

Lukas M. (Juso) fragt, ob er zu der Stellungnahme etwas sagen darf.

Christian B. (LHG) verweist als Sitzungsleitung darauf, dass es im aktuellen TOP um die Auswahl von Personen für das Gremium geht und eine allgemeine Diskussion über Online-Wahlen nicht zulässig ist. Für eine allgemeine Diskussion müsse die Tagesordnung geändert werden. Aus diesem Grund halte er die Stellungnahme auch für deplaziert.

[20:03 Uhr: Lukas M. (Juso) gibt eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab.]

Persönliche Erklärung von Lukas M. (Juso)

Ich halte es für legitim, dass sich das HoPo-Referat zu diesen Wahlen äußert, allerdings nicht, dass es dem Studierendenparlament empfiehlt, wie es zu wählen habe. Genauso wichtig, wie Leute, die die vom HoPo genannten Punkte beachten, wäre es vielleicht auch, Leute zu wählen, die das Verfahren kritisch begleiten.

Rebecca H. (RCDS) schlägt Daniel L. (CG) vor.

Daniel L. (CG) stellt sich vor: Seine Liste sei die einzige, die in ihrem Wahlprogramm eine Aussage zu Online-Wahlen enthalten hatte, wer halb es ihn sehr freuen würde, wenn er in die Arbeitsgruppe gewählt werde. Auf Grund seines Informatik-Studiums wolle er vor allem seine Wissen in technischer Hinsicht einbringen. Er lehne Online-Wahlen ab und werde daher die Arbeit der Arbeitsgruppe kritisch begleiten. Er wolle die Vorstellung nutzen um auch auf die Stellungnahme des AStA einzugehen: Es sei fast unverschämft davon zu sprechen, dass es einen „Wandel in Richtung Technologiefreundlichkeit“ brauche. Richtig sei, dass es einen Wandel zu Technologieoffenheit brauche, bei dem neue Technologien nicht von vorneherein abgelehnt werden, sondern kritisch betrachtet werden und eine Risiko-Nutzenabwägung vorgenommen wird. Es sei falsch, davon zu sprechen, dass die Software das Schutzprofil nach Common Criteria erfülle, denn Common Criteria mache nur Vorgaben für das Prüfungsverfahren, nicht aber für die Prüfung selber. Die Zertifizierung durch das BSI beziehe sich nur auf das Wahlverfahren selber, nicht aber auf das Verfahren der Prüfung der Zugangsberechtigung zur Wahl. Von

einer Zertifizierung des gesamten Systems könne daher keine Rede sein. Die Aussage, dass asymmetrische Verschlüsselungsverfahren das Wahlgeheimnis wahren, allein sei unter keinen informationstechnischen Gesichtspunkten korrekt.

Rebecca H. (RCDS) fragt, ob Daniel auch die Meinung der studentischen Senatsmitglieder miteinbeziehen wird.

Antwort: Es sei ausgeschlossen in so einen Gremium verschiedene Meinungen zu vertreten. Er werde aber weiterhin die Senatsmitglieder unterrichten und einbeziehen.

Christian B. (LHG) weist als Sitzungsleitung darauf hin, dass im ersten Wahlgang eine satzungsgemäße Mehrheit zur Wahl notwendig ist. Außerdem sei bei der Kontrolle der Auszählung entweder eine Maske anzulegen oder ausreichend Abstand zu halten. Im letzteren Fall brauche es aber mutmaßlich einen Feldstecher.

[Julia G. (CG) nimmt nicht an der Wahl teil, da sie nur digital an der Sitzung teilnimmt.]

Wahl: Wahl eines studentischen Mitglieds in die Arbeitsgruppe „Online-Wahlen“ (1. Wahlgang)

Abgegebene Stimmen: 13

Ja: 12

Enthaltungen: 0

Nein: 0

Ungültig: 1

Daniel L. ist in die Arbeitsgruppe gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Daniel L. bedankt sich für die Wahl.

TOP 15.b Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes

Eira D. (LHG) schlägt Christian B. (LHG) vor.

Simon S. (Juso) schlägt Lukas M. (Juso) vor.

Christian B. (LHG) stellt sich vor:

Auch er würde gerne in die Arbeitsgruppe gewählt werden. Er habe sich bereits intensiv mit Online-Wahlen beschäftigt. Die Kombination mit Daniel sei nicht zufällig: Sollten sie beide gewählt werden, hätten sie vor beide zu den Sitzungen zu gehen, um zum einen den eher technischen Bereich in Person von Daniel abzudecken und zum anderen den rechtlichen Bereich abzudecken. Er wolle ebenfalls einige Worte zu der Stellungnahme des Referates für Hochschulpolitik verlieren: Im sei schleierhaft, wie man mit kryptografische und mathematische Verfahren die Wahlgrundsätze einhalten wolle. Sowohl Online-Wahlen und Briefwahlen seien problematisch, weil die geheime Wahl nicht vollständig gewährleistet sei. So könne immer einer über die Schulter schauen. Dies mache die Wahl unfreier und damit die Wählenden beeinflussbarer. Außerdem diene eine Urnenwahl auch der politischen Bildung, da die Wahl so im Mittelpunkt des Campuslebens stehe. Er habe vor mit den anderen studentischen Gremien (Senat, AStA) zusammen zu arbeiten.

Rebecca H. (RCDS) fragt, wie Christian dazu steht, dass mit ihm zwei Personen der Koalition im Arbeitskreis vertreten wären.

Antwort: Das sei keine Frage von Koalition oder Opposition, sondern eine Frage der fachlichen Eignung. Er kenne Lukas nicht gut genug, um die fachliche Eignung vergleichen zu können, aber er sei durch seine berufliche Arbeit im Institut für Parteienforschung

intensiv mit Wahlen befasst und daher aus seiner Sicht die notwendige fachliche Eignung.

Rebecca H. (RCDS) fragt, ob im Arbeitskreis nicht genug rechtliche Expertise vertreten ist.

Antwort: Ohne Frau Ugowski in Abrede stellen zu wollen, sei das nicht der Fall.

Marlon K. (AStA-Vorstand) fragt, was mit chronisch Kranken ist, die nicht an einer Urnenwahl teilnehmen können.

Christian B. (LHG) verweist auf die Möglichkeit der Briefwahl und der Wahlassistenz.

Lukas M. (SDS) stellt sich vor:

Er müsse Christian in vielen Punkten Recht geben. Er könne zwar nicht im gleichen Maße die Qualifikation aus dem Studium ableiten, wie Daniel oder Christian das könnten, trotzdem habe er sich in seinem Geschichtsstudium mit der Demokratieentwicklung beschäftigt. Er stehe für die Option, dass jeweils eine Person aus der Koalition oder Opposition vertreten sind.

[Julia G. (CG) nimmt nicht an der Wahl teil, da sie nur digital an der Sitzung teilnimmt.]

Wahl: Wahl eines studentischen stellvertretenden Mitglieds in die Arbeitsgruppe „Online-Wahlen“ (1. Wahlgang)

Abgegebene Stimmen: 13

Christian B.: 9

Lukas M.: 4

Nein: 0

Christian B. ist in die Arbeitsgruppe gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Christian B. bedankt sich für die Wahl.

[20:36 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 16 Antrag: „Änderung der Regelungen für die Mailverteiler des SP unter Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06“

[20:36 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Daniel L. (CG) verweist zur Vorstellung des Antrages auf die Begründung im Antrag.

Lukas M. (Juso) weist darauf hin, dass im Antrag die beratenden Mitglieder in Ausschüssen und Arbeitskreisen vergessen worden sind.

Änderungsantrag: „Änderungsantrag“ von Lukas M. (Juso)

In Abschnitt B Nr. 5 ist vor „Mitglieder“ das Wort „beratende“ einzufügen.

[Der Änderungsantrag wird übernommen.]

Das Präsidium muss das notwendige Mehrheitserfordernis für die Annahme des Antrages recherchieren.

[20:39 Uhr: **GO-Antrag** von Henriette T. (SDS) auf Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[20:39 Uhr: Die Sitzung wird unterbrochen.]

[20:44 Uhr: **GO-Antrag** von Christian B. auf Unterbrechung der Sitzung für 3 Minuten. Keine Gegenrede zulässig.]

[20:47 Uhr: Wiedereintritt in die Sitzung.]

Das Präsidium gibt bekannt, dass zur Annahme des Antrages eine zwei Drittel Mehrheit der Abstimmenden, mindestens jedoch die satzungsgemäße Mehrheit notwendig ist.

Abstimmung: Antrag: „Änderung der Regelungen für die Mailverteiler des SP unter Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06“ in der geänderten Fassung

Dafür: 14

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

[20:49 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 17 Antrag: „Livestream Ausstattung für das SP“

[20:49 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[Auf Grund eines technischen Fehlers ist dieser Teil der Sitzung nicht aufgezeichnet worden, weshalb die Wortmeldungen der Aussprache des TOP nicht protokolliert werden können.]

Änderungsantrag: „Bessere Ausstattung“ von Henriette T. (SDS)

Erhöhung der Geldsumme auf 1200 EUR.

[20:59 Uhr: **GO-Antrag** von Ronja I. (RCDS) auf Schluss der Aussprache. Formale Gegenrede Daniel L. (CG).]

Abstimmung: GO-Antrag: Schluss der Aussprache.

Dafür: 14

Enthaltungen: 0

Dagegen: 2

Der GO-Antrag ist abgelehnt.

Änderungsantrag: „Diskussion auf der Konsti-Sitzung“ von Fraktion Juso Hochschulgruppe

Füge als neuen Absatz hinzu:

Der Livestream wird auf der Konsti-Sitzung diskutiert.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Bessere Ausstattung

Dafür: 1

Enthaltungen: 5

Dagegen: 8
Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Diskussion auf der Konsti-Sitzung

Dafür: 4
Enthaltungen: 1
Dagegen: 9
Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Abstimmung: Antrag: „Livestream Ausstattung für das SP“

Dafür: 12
Enthaltungen: 1
Dagegen: 1
Der Antrag ist angenommen.

[21:11 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 18 Antrag: „1 Standdrucker für den AStA-Flur“

[21:11 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[21:12 Uhr: **GO-Antrag** von Christian B. (LHG) auf Gemeinsame Aussprache über einen im Sachzusammenhang stehenden Verhandlungsgegenstand. Verhandlungsgegenstand soll der Antrag „2 Tischdrucker für den AStA“ sein. Keine Gegenrede. Der GO-Antrag ist angenommen.]

Rebecca S. (AStA-Vorstand) stellt den Antrag vor:

Die bisherigen Verträge der Drucker laufen aus. Aus diesem Grund soll für den großen Drucker im Flur ein neuer Leasingvertrag geschlossen werden und für die beiden kleinen Drucker im Vorstand und Fachschaftenreferat sollen neue Drucker gekauft und ein Wartungsvertrag beschlossen werden. Die Kopierkarten sollen abgeschafft werden.

Henriette T. (SDS) fragt, ob es nicht sinnvoller wäre den Drucker im Flur zu kaufen. Nach ihrer Rechnung könnten 7000 EUR eingespart werden.

Antwort: Beim Wartungsvertrag sei der Vorteil, dass bei einem Defekt innerhalb eines Tages eine Reparatur durchgeführt oder ein Ersatzdrucker bereitgestellt wird.

Henriette T. (SDS) sagt, dass die Gefahr ist, dass mehr gedruckt wird als nötig, wenn die Verbrauchskosten, insbesondere Patronen, nicht mehr einzeln bezahlt werden müssen.

Daniel L. (CG) merkt an, dass es organisatorische Maßnahmen braucht, um das Druckaufkommen zu verringern, da in jedem Fall die Personen, die im AStA entscheiden, wie viel gedruckt wird, die Druckkosten nicht bezahlen müssen.

Lukas M. (Juso) bittet den AStA-Vorstand mit der Formulierung „weitere Informationen“ in Zukunft sparsamer zu verwenden.

[21:19 Uhr: **GO-Antrag** von Christian B. (LHG) auf En-Block Abstimmung über beide Druckeranträge. Keine Gegenrede. Der GO-Antrag ist angenommen.]

Abstimmung: Anträge „1 Standdrucker für den AStA-Flur“ und „2 Tischdrucker für den AStA“

Dafür: 9
Enthaltungen: 1

Dagegen: 4

Die beiden Anträge sind angenommen.

[21:20 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 19 Antrag: „2 Tischdrucker für den AStA“

[21:20 Uhr: Eintritt in den TOP.]

[Der TOP hat sich durch die En-Block-Abstimmung erledigt.]

[21:21 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 20 Antrag: „Datenschutzpaket für den AStA“

[21:21 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Marlon K. (AStA-Vorstand) stellt den Antrag vor und verweist auf die Begründung des Antrages. In Zukunft soll der Antrag auch im Haushalt verankert werden.

Abstimmung: Antrag: „Datenschutzpaket für den AStA“

Dafür: 14

Enthaltungen: 0

Dagegen: 0

Der Antrag ist angenommen.

[21:22 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 21 Stimmungsbild der Studierenden zur Lehre im Wintersemester

[21:22 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Ronja I. (RCDS, Vertreterin des AStA in der Task Force Lehre) erläutert den Hintergrund des TOP:

Auf der morgigen Sitzung der Task Force Lehre soll besprochen wie die Lehre im nächsten Wintersemester gestaltet werden soll.

Christian B. (LHG) sieht es problematisch an, dass Studierende in Präsenzveranstaltungen gedrängt werden, weil sie dann verpflichtet werden sich ein Infektionsrisiko auszusetzen, um ihr Studium weiterzuverfolgen. Er plädiert daher für Hybridveranstaltungen.

Lukas M. (Juso) merkt an, dass Dozierende weiterhin Hilfestellungen brauchen.

Ronja I. sagt, dass studentische Hilfskräfte eingestellt werden sollen, die bei der Digitalisierung unterstützen.

Daniel L. (CG) möchte klarstellen, dass das Infektionsgeschehen im November aus heutiger Sicht völlig unklar ist und deshalb nur schwer Prognosen abgegeben werden können, welche Lehrformate durchgeführt werden können.

Ronja I. (RCDS) fragt wie das SP zur Rückverfolgbarkeit steht (einfach oder besondere Rückverfolgbarkeit).

Daniel L. sieht bei der Rückverfolgbarkeit keine größeren Probleme, so würden beispielsweise in der Informatik auch ohne Corona-Pandemie die Studierenden schon aus organisatorischen Gründen fest auf Übungsgruppen aufgeteilt.

Henriette T. (SDS) spricht an, dass es kommenden Semester besonders wichtig ist, dass keine Anwesenheitspflicht in Präsenzveranstaltungen herrscht.

Christian B. (LHG) sagt, dass die Frage von Anwesenheitspflicht sich nicht anders stelle als sonst auch: Anwesenheitspflicht sei immer nur zulässig, wenn Anwesenheit für den Lernerfolg zwingend notwendig ist. Wer also an einer Veranstaltung nicht teilnimmt, dem könne auch kein Lernerfolg bescheinigt werden. Einziger Ausweg sei höchstens zu entscheiden, dass der Lernerfolg für ein bestimmtes Studienfach in der aktuellen Situation nicht als notwendig erachtet wird. Das sei jedoch Sache der entsprechenden Gremien der Studienfächer.

Rebecca H. (RCDS) sagt, dass ein Augenmerk auf die Vernichtung der Daten der Rückverfolgbarkeit gerichtet wird. Hier seien oft die zuständigen Personen überfordert.

Das SP spricht sich mit großer Mehrheit in einem Stimmungsbild für Hybridveranstaltungen (Wahlmöglichkeit der Studierenden zwischen Online- und Präsenzveranstaltungen) aus.

[21:51 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

TOP 22 Verschiedenes

[21:51 Uhr: Eintritt in den TOP.]

Es wird diskutiert in welchem Raum das SP in Zukunft tagen soll. Das SSC wird bevorzugt, alternativ 6C.

[21:53 Uhr: Der TOP wird geschlossen.]

[Ende der Sitzung um 21:53 Uhr.]

Mitteilungen des Präsidiums

Rücktritte

Name	Amt	Datum
Karoline H.	Wahlausschuss	

Bennennungen

Name	Fraktion	Funktion	Datum
Robin B.	die Linke.sds	Mitglied Wahlausschuss	13.07.2020

Anträge

Antrag: Finanzielle Unterstützung für die Medizinische Flüchtlingshilfe

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen, die Medizinische Flüchtlingshilfe Düsseldorf in Förderungsmaßnahmen für Wahlfachteilnehmer, Mitarbeiter und Ehrenamtliche finanziell zu unterstützen.

Antrag: Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen:

1. Die autonomen Referate werden ermächtigt, die Räume 24.21.00.23, 24.21.00.25, 24.21.00.27, 24.21.00.29, 23.31.00.22, 25.23.U1.50, 25.23.U1.56 im Wege eines im Konsens gefassten, schriftlichen Beschlusses neu aufzuteilen.

2. Sollten die autonomen Referate nicht innerhalb von 14 Tagen einen Beschluss fassen, so wird der Raum 24.21.00.23, welcher aktuell vom Referat für schwule und bisexuelle Studierende genutzt wird, einstweilen an das Referat für Barrierefreiheit übergeben, bis ein Beschluss gefasst wurde.

3. Die Nutzung des Raumes 25.23.U1.50 durch die Deutschlehrkräfte des AStA bleibt hiervon unberührt.

Antrag: Neufassung der Geschäftsordnung

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen, dass die Geschäftsordnung des SP gemäß der Anlage neu gefasst wird.

Antrag: Erlass der Mahngebühr für den Semesterbeitrag

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen, dass das Studierendenparlament der HHU fordert die Mahngebühren für den Sozialbeitrag vollständig zu erlassen.

Antrag: Hilfen für die Bezahlung des Sozialbeitrages bekannt machen

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen:

Der AStA wird aufgefordert, sich unverzüglich dafür einzusetzen, dass die Studierenden über das Studierendenportal und über eine E-Mail an alle Studierenden auf die Möglichkeit eines Darlehens von der Studierendenschaft für die Leistung des Sozialbeitrages und auf die Möglichkeit der Rückerstattung des Semesterticketsbeitrages hingewiesen werden.

Antrag: Verlängerung der Rückmeldefrist

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen, dass der AStA-Vorstand sich beim Rektorat dafür einsetzt, die Rückmeldefrist für das Wintersemester 2020/21 bis zum 30.10.2020 zu verlängern.

Antrag: Änderung der Regelungen für die Mailverteiler des SP unter Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06

A. Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06

Der Beschluss 2017/18.11-06 „Regelungen für sp-intern und sp-offen“ wird aufgehoben.

B. Regelungen für die Mailverteiler des SP

1. Das Präsidium des SP ist für die Mailverteiler sp-intern und sp-offen, sowie für die Mailverteiler der Ausschüsse und Arbeitskreise zuständig. Aufgabe des Präsidiums ist die Pflege, Kontrolle und Moderation der Verteiler.

2. In sp-intern und in den Mailverteilern der Ausschüsse und Arbeitskreise dürfen nur offizielle HHU-Mailadressen eingetragen werden.

3. Mitgliedsberechtigt für sp-intern sind: die ordentlichen und stellvertretenden Md-SP, der Vorsitz des Rechtsausschusses, sowie die Funktions-E-Mailadressen des SP-Präsidiums und des AStA-Vorstandes.

4. In den Mailverteiler sp-offen sind vom Präsidium einzutragen: Die Vorsitzenden der Ausschüsse und Arbeitskreise und die Funktions-E-Mailadressen des Finanzreferates, der Buchhaltung und des Sekretariats.

5. Mitgliedsberechtigt für die Mailverteiler der Ausschüsse und Arbeitskreise sind: die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses bzw. des Arbeitskreises und die Funktions-E-Mailadressen des SP-Präsidiums und des AStA-Vorstandes. Für den Mailverteiler des Haushaltsausschusses ist außerdem die Funktions-E-Mailadresse des Finanzreferates berechtigt.

C. Aufnahme als Anhang der Geschäftsordnung

Die Regelungen des Abschnitts B sind als Anhang mit dem Titel „Regelungen für die Mailverteiler des SP“ der jeweiligen konsolidierten Lesefassung der Geschäftsordnung des SP hinzufügen ohne Bestandteil der Geschäftsordnung zu sein.

Antrag: Livestream Ausstattung für das SP

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen, dass eine Webcam, ein Mikrofon, sowie Zubehör in Höhe von bis zu 450 EUR für die Studierendenschaft angeschafft wird. Vor der Beschaffung ist über die anzuschaffenden Geräte Einvernehmen mit dem Präsidium herzustellen.

Die Geräte sind vorrangig für Livestreams des SP, seiner Ausschüsse und des Rechtsausschusses zu verwenden, nachrangig können die Geräte auch vom AStA für seine Veranstaltungen genutzt werden.

Antrag: 1 Standdrucker für den AStA-Flur

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen, dass für das Leasen eines Standdruckers für den Zeitraum von 60 Monaten eine Summe von bis zu 270,00€ pro Monat zur Verfügung gestellt wird.

Antrag: 2 Tischdrucker für den AStA

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen, dass

1. für die Anschaffung zwei kleiner Drucker für den Vorstand und das Fachschaftenreferat bis zu 900,00€ zur Verfügung gestellt wird.

2. für diese beiden Geräte ein Wartungsvertrag für monatlich 18,50€ pro Gerät für eine Laufzeit von 5 Jahren zur Verfügung gestellt wird.

Antrag: Datenschutzpaket für den AStA

Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen, dass dem AStA 4.250,00 EUR für die Buchung eines 50 Stundenpakets für die Dienstleistung

„Externer Datenschutzbeauftragter“ der ecomit GmbH zur Verfügung gestellt werden (entspricht 85,00 EUR/h). Dieses Stundenpaket baut auf der monatlichen Mindestvergütung gemäß § 8 Abs. 1 Sätze 6 und 7 des Vertrages mit der ecomit GmbH vom 16. Mai 2019 über die Bereitstellung eines externen Datenschutzbeauftragten auf.

Anfragen

Anfrage an die Mitglieder des TINby-Referat: „Arbeit des TINby-Referat im aktuellen Semester“

Anfrage

Mit E-Mail vom 30.06. habe ich das TINby-Referat gefragt, wann dieses Semester die Referatsvollversammlung stattfindet. Bis zum Antragsschluss gab es darauf keine Antwort. Bedauerlicherweise konnte ich nach summarischer Prüfung auch sonst keine Aktivitäten des Referates im aktuellen Semester feststellen. Vor diesem Hintergrund habe ich folgende Fragen:

1. Wann findet dieses Semester die Referatsvollversammlung statt?
2. Nach der Satzung (vgl. § 22a Abs. 2) soll eine Referatsvollversammlung während der Vorlesungszeit stattfinden. Wieso findet die Referatsvollversammlung nicht während der Vorlesungszeit statt?
3. Worin bestand in diesem Semester eure Arbeit für das Referat? (mir genügen als Antwort einige wenige Stichsätze)

Anfrage an die Mitglieder des Referates für Hochschulpolitik

Anfrage

Liebes HoPo-Referat,

unter eurem Titelbild zur OB-Podiumsdiskussion ist eine Diskussion entstanden. Ihr wurdet in einem normalen Ton dafür kritisiert, dass Podiumsteilnehmer*innen fehlen. Ihr habt mit eurer Seite allerdings sehr pampig reagiert 1 . Leider wurde das gesamte Titelbild gelöscht und es konnten nicht alle Antworten erhalten werden. Wir haben einige Screenshots angehängt, die aber nicht die gesamte Diskussion wiedergeben.

1. Ist das euer Verständnis von einem „Service-AStA“?
2. Wird es Social Media Schulungen geben, um angemessen mit Kritik umzugehen?
3. Werden üblicherweise Kommentare/Postings von Referaten ohne Kürzel verfasst?
4. Versteht ihr unter politischer Neutralität eine Anhörung aller Positionen, um so allen Positionen politischen Raum zu bieten, oder meint ihr damit einfach das, was die politische „Mitte“ vertritt?
5. Wenn ihr aus verständlichen und stark unterstützenswerten Gründen keine Rechts-populist*innen wollt, warum geht das auch in die „andere“ Richtung?
6. Was versteht ihr unter einer kritischen und reflektierten Diskussion?
7. Wieso werden ganze Postings, die neben Diskussion auch konstruktive Kritik und Verbesserungsvorschläge enthalten, entfernt?

Antwort

Lieber Robin,

vorweg, da Derya als Beauftragte für Antidiskriminierung und Antirassismus überhaupt nichts mit der Veranstaltung und Facebook zu tun hat, wird sie nicht nur inhaltlich bei der Frage nicht berücksichtigt, sondern hat auch überhaupt nichts mit all dem zu tun.

1. Wir wissen nicht, was ein Service-AStA sein soll, hierzu steht nichts im Hochschulgesetz.
2. Das HoPo-Referat hat keine Finanzhoheit, daher müsstet ihr die Frage dem AStA-Vorstand stellen.
3. Ja.
4. Es gibt keinen zwei Mensch die 100 Prozent die gleiche politische Meinung vertreten, daher ist es unmöglich alle Meinungen anzuhören.
5. Zu den Gründen der Podiumsbesetzung kann der AStA-Vorstand Auskunft geben.
6. Ein Teil dieser Antwort könnte Sie verunsichern.
7. Wo gehobelt wird, da fallen Späne. Wer ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein. Solltest du an der langen Version interessierte sein, geben wir dir gerne folgendes mit auf den Weg:

Da du dir sicherlich nicht vorstellen kannst, wie viel Zeit in die Organisation der Veranstaltung, die du und deine Gruppe auf sämtlichen Kanälen kritisiert habt und in gewisser Weise dadurch auch sabotiert habt, haben wir dies einfach mal in Zahlen festgehalten. Wir dröseln im Nachgang auch einmal auf, wie viel Zeit hierbei ohne eure, auf jedem Kanal stattfindende, Kritik, zu der ihr aktiv aufgerufen habt und eure Mutterpartei, als auch eure Freund*innen von der Partei die Partei, benötigt worden wäre:

- 15 h - interne Vorbereitung / Orga / Absprachen
- 7 h Kommunikation mit den Kandidat*innen und deren Büros
- 3 h Nachbereitung
- 15 h Bewerbung der Veranstaltung
- 7 h Beantwortung von (An)fragen zum OB-Duell
- 30 h - mentaler Stress / Schlafmangel usw

-> 77 h insgesamt

Die Veranstaltung wurde innerhalb von 14 Wochen vorbereitet, organisiert und durchgeführt. Somit kommen wir auf einen Wert von 5,5 h Arbeit pro Woche.

Hierbei hätten locker 7 h (An)fragen an das HoPo-Referat, 10 h Bewerbung (Die Veranstaltung erhielt aufgrund der flächendeckenden Kritik weniger Zulauf und angedachte Anlaufstellen wollten diese daher nicht bewerben) und der daraus resultierende mentale Stress um 25 h reduziert werden können.

Dies heißt in Zahlen, dass 42 h von 77 h oder 3 von 5,5 Wochenstunden Mehrarbeit durch euch entstanden sind. Dies mit dem Wissen, dass der AStA-Vorstand für die Entscheidung verantwortlich war. Dies hatten wir dir auch via Mail geantwortet. Die genannte Arbeitszeit für diese Veranstaltung lastete komplett auf den Schultern einer Person.

Aktionen wie „HoPo und dann“, bei der ehemalige HoPo-Mitglieder erzählen sollen, was Ihnen die Zeit gebracht hat und somit eine Werbepattform für die HoPo darstellen

sollen, haben wir, ebenso wie die Aktion „Studierende in die Parlamente“, bei der von Kandidat*innen aller Parteien kurz etwas über die Vereinbarkeit von Studium und Ratsmandat, als auch die Motivation erzählen sollen, auf dem Abstellgleis geparkt. Warum? Weil wir nicht davon überzeugt sind, dass die Hochschulpolitik, so wie sie sich zurzeit präsentiert, aus ihrem Nischendasein befreien kann und weil wir uns nicht noch mehr Stress aussetzen wollten, der dadurch resultiert, welche Ratskandidat*innen sich am Schluss präsentieren dürfen und welche nicht.

Generell haben wir das Gefühl, dass der aufgebauchte Skandal das Highlight jeder SP/AStA- „Legislatur“ ist, welcher medial mehr Reichweite hat, als die AStA-Aktionen selber, und sich fest in den Köpfen der Studierenden verankert. Dabei wird dies leider immer so ungeschickt angestellt, da man den AStA – also die Institution, die man am liebsten selbst stellen möchte – skandalisiert, und nicht die hochschulpolitischen Gruppen, die den AStA stellen. Wenn man heute noch Studierende im zweiten Semester fragt, was der AStA ist, kommt häufig die Antwort: „Die mit der teuren Kaffeemaschine“ (Übrigens sorgt diese teure Kaffeemaschine dafür, dass der AStA Geld von der Steuer zurückbekommt). Am Schluss führt so ein Skandal vielleicht dazu, dass die Gruppen wechseln, die den AStA stellen, aber nicht dazu, dass der AStA respektiert oder bei der Mehrheit der Studierenden als etwas positives wahrgenommen wird. Generell führt diese Art viel mehr dazu, dass die Studierenden überhaupt nicht wählen gehen und alles was mit AStA bzw. SP zu tun hat als Kindergarten bezeichnen.

Dies macht den AStA zusätzlich zu einem extrem unattraktiven Ehrenamtsarbeitsgeber, bei dem sich teilweise 0 bis 1 Person auf die verschiedenen Stellen bewerben. Bevor man überhaupt angefangen hat, wird man erstmal im Parlament vorgeführt, danach wird man kritisiert, wenn man arbeitet. Wenn man nicht arbeitet fällt es hingegen nicht so auf – sodass man eigentlich den Referent*innen raten müsste nicht zu arbeiten, um nicht in den Radar des Parlamentes zu geraten. Wenn man dem Vorstand zusätzlich noch gut verkaufen kann, was man alles geplant hat und warum dies nicht wie gedacht funktioniert hat, kann man ein sehr unbeschwertes Leben mit Aufwandsentschädigung haben, ohne dafür seiner Ehrenamtsarbeit nachgehen zu müssen.

„Wo gehobelt wird, da fallen Späne“ - haben wir als Antwort auf deine siebte Frage geschrieben. Genau darum ging es im letzten Absatz: Wenn wir arbeiten machen wir Fehler. Wir sind Menschen und entsprechend sind wir nicht perfekt. Anders ist dies, wenn man im Studierendenparlament sitzt. Dort kann man nicht nur die Arbeit der Referent*innen erschweren, sondern auch zeigen, wie unfehlbar man ist und wie wenig man sich und seine Art und Weise hinterfragen muss. Aus dem SP heraus werden gerne noch zusätzliche noch Aufgaben in die Referate delegiert, ohne vorab mit den Personen gesprochen zu haben und ohne zu wissen, was diese eigentlich im Moment alles machen oder selbstständig in ihrem Referat planen. Gern wird hierbei auch § 24 Abs. 2 Satz 1 der Satzung der Studierendenschaft vergessen: „Im Rahmen ihrer Zuständigkeit nehmen die ReferentInnen ihre Aufgaben in eigener Verantwortung wahr“.

Bei unseren Veranstaltungen haben wir übrigens nur sehr wenige von den MdSP gesehen. Werbung für unsere Veranstaltungen wurde nur vereinzelt durch die hochschulpolitischen Gruppen gemacht; meist nur auf Rückfrage. Unsere Arbeit wollen aber natürlich alle bewerten können. Mit uns persönlich gesprochen hat - bis auf den AStA-Vorstand, der uns im Rahmen seiner zeitlichen Möglichkeiten übrigens klasse betreut, - niemand. Für die Aktionen, die wir auf die Beine gestellt haben, hat uns - außer der AStA-Vorstand - auch niemand gelobt. Kritik hingegen haben viele Leute vorgetragen, meist die Leute, die nicht bei unseren Veranstaltungen dabei waren, diese

nicht beworben haben und die unsere Arbeit massiv erschwert haben.

Warum haben wir bei Facebook also geantwortet wie wir geantwortet haben - einerseits, weil wir wussten dadurch eine Anfrage zu provozieren, durch die wir dem ganzen Parlament das oben geschriebene mitgeben können. Zum anderen aus reinem Selbstschutz; um uns nicht mental und persönlich durch diesen bewusst angezettelten Stress auszulaugen. Ihr könnt euch gerne selbst etwas vormachen, und behaupten, dass die 30 Personen, die bei uns angefragt haben, warum nur die 4 Personen eingeladen wurden, alles interessierte Studierende oder Bürger*innen sind (letzteren sind wir btw. keine Rechenschaft schuldig). Hinter den Anfragen, die teilweise auch über private Kanäle und mit sehr unschönen Aussagen verknüpft waren, steckt unserer Ansicht nach einer Masche. Primär waren diese Personen zwei verschiedenen Parteien zuzuordnen. Diese Parteien/Gruppen haben öffentlich oder intern dazu aufgerufen „ein wenig Krawall“ bei uns zu machen. So etwas mag man in der politischen Auseinandersetzung gerne für gut und richtig finden, wir sehen dies jedoch anders, wenn es um ein Ehrenamt in einem Referat geht, dass aufgrund seiner Fähigkeiten und nicht seiner politischen Zugehörigkeit besetzt wird (wie es in den meisten anderen Asten ist).

Falls sich doch jemand ernsthaft dadurch persönlich beleidigt fühlen sollte, dass wir ihn/Sie so behandelt haben, wie man uns behandelt hat, dann werden wir uns gerne von unserer Seite aus dafür entschuldigen und freuen uns in Zukunft über einen professionelleren Umgang mit dem Referat für Hochschulpolitik.

Liebe Grüße,

Euer Referat für Hochschulpolitik.

P.S. Die Antwort auf Eure Anfrage hat ca. 2 h gedauert.

P.P.S. Generell würden wir uns bei einer Anfrage, die das Thema „Professionalität“ behandelt, auch eine professionelle und der GO-entsprechende Anfrage wünschen, aus der ersichtlich ist, wer auf die Anfrage antworten soll. In der GO, § 7 Abs. 5, steht ausdrücklich, dass Anfragen an „einzelne Referatsmitglieder und Projektstelleninhabende zu stellen“ sind.

Anfrage an den AStA-Vorstand

Anfrage

Lieber AStA-Vorstand, unter dem Post des HoPo-Referats zur Veranstaltung der OB-Podiumsdiskussion teilte das HoPo-Referat öffentlich mit, ein (zu) hohes Arbeitspensum und schlechte Arbeitszeiten zu haben. Dazu haben wir ein paar Fragen:

1. Ist euch das bekannt?

- Falls Ja: Was tut ihr dagegen bzw. was ist euer Plan?
- Falls Nein: Wieso nicht? Wie läuft aktuell eure Kommunikation?

2. Denkt ihr, dass das HoPo-Referat unterbesetzt ist?

3. Wie läuft generell eure Kommunikation? Kümmert ihr euch um die Referate?

Liebe Grüße, Hette

Antwort

Liebe Hette, vielen Dank für Deine nette Anfrage und danke für Deine Sorgen bezüglich des Referates für Hochschulpolitik. Gerne beantworten wir Dir Deine Fragen.

1. Uns ist durchaus bewusst, dass das Arbeitspensum in diesem Referat bei der Planung und demnach auch der Durchführung einer Veranstaltung sehr hoch ist. Es geht ja nicht nur darum, dass das Referat die Veranstaltung plant und durchführt, dahinter steckt noch viel mehr. Es müssen die Gäste eingeladen werden, man muss sich Gedanken um die Technik machen, die Veranstaltung muss beworben werden, man muss Rücksprache mit dem Moderator halten etc. Demnach ist es uns durchaus bewusst, dass das Arbeitspensum nicht immer gleich ist und von Woche zu Woche sehr schwankend sein kann. Wir versuchen das Referat bestmöglich zu unterstützen. Die Bewerbung der Veranstaltung zum Beispiel wird durch das Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit erledigt, bei der Technik steht unser IT-Referat und das Hochschulradio helfend zur Seite. Jedoch wird dieses Arbeitspensum leider durch die Beantwortung von (unnötigen) Anfragen und Fragen auf deren Kanälen noch erhöht. Jedoch ist es auch so, dass der Arbeitsaufwand nach einer Veranstaltung wieder absinkt. Man kann demnach sagen, dass der Arbeitsaufwand periodisch abläuft.

2. Wir denken, dass das HoPo auf gar keinen Fall mit weniger Personen besetzt sein darf. Aufgrund der Veranstaltungen und der Leistung, die dieses Referat dieses Semester absolviert hat, kann man schon sagen, dass es gerade zu den letzten Veranstaltungen unterbesetzt ist/war. Wir stehen mit dem Referat aber in sehr engem Kontakt und kennen deren Ansicht zu dieser Frage.

3. Unsere Kommunikation mit den Referaten verläuft gut, wir haben einen Kommunikationsweg, wo nicht nur wir mit den einzelnen Referaten oder dem gesamten AStA kommunizieren können, zudem bietet unser Kommunikationsweg den Vorteil, dass die einzelnen Referate untereinander auch kommunizieren können. Wie bereits auf den SP-Sitzungen berichtet, führen wir regelmäßige Gespräche mit den Referaten und versuchen sie dadurch auf den bestmöglichen Weg bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Abschließend möchten wir uns hier auch nochmal bei dem Referat für Hochschulpolitik bedanken. Das Referat hat konstant gute Arbeit geleistet, hervorragende Veranstaltungen absolviert und einen immensen Beitrag für den AStA geleistet. Ja, die Öffentlichkeitsarbeit des Referates war nicht in jedem einzelnen Post ideal, jedoch sind wir stolz auf unser HoPo. Besonderer Dank gilt da Fabian, der sich über Jahre für die Studierendenschaft engagiert hat .

Liebe Grüße

AStA-Vorstand

Anfrage an die Fraktion die Linke.sds: Beschluss des Bundeskongresses von „Die Linke.SDS“: Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina- Solidarität!

Anfrage

Vorbemerkung

Am 26. Juni 2020 ist auf der Facebook-Seite von die Linke.SDS Düsseldorf ohne weiteren Kommentar der Beschluss „Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!“ des letzten Bundeskongresses gepostet worden. Dieser Post ist von mindestens einem Mitglied der Fraktion geliked worden. Da in Ermangelung eines Kommentares unklar bleibt, wie sich die Liste an der HHU und ihre Fraktion dazu verhalten, haben wir in Hinblick auf einige höchst bedenkliche Aussagen in dem Beschluss einige Fragen an die Fraktion. Wir werden bei den Fragen nur auf die problematischen Passagen eingehen, deshalb möchten wir vorab folgendes klarstellen:

1. Es ist richtig und wichtig sachliche Kritik an völkerrechtswidrigen Handlungen und Maßnahmen des israelischen Staates oder an völkerrechtswidrigen Absichtsbekundungen der israelischen Regierung, wie aktuell die angekündigte Annexion des Westjordanlandes, zu äußern. Dies darf nicht mit Antisemitismus verwechselt werden. Es ist bleibende Aufgabe aller dem Völkerrecht verpflichteten Demokrat*innen, das Einhalten des Völkerrechts immer einzufordern, egal ob im eigenen Land oder weltweit.
2. Die Meinungs- und Pressefreiheit sind ein hohes Gut in einer Demokratie, ja sie sind konstituierend für die Demokratie. Die Ablehnung der BDS-Bewegung darf nicht dazu missbraucht werden, die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Politik der israelischen Regierung zu unterbinden.

Fragen

1. Wie steht die Fraktion zu dem Beschluss „Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!“? Wird der Beschluss von der Fraktion uneingeschränkt unterstützt?
2. Lehnt die Fraktion die Antisemitismusdefinition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ ab? Wenn ja, welche Stellen sind aus Sicht der Fraktion problematisch? Wie definiert die Fraktion Antisemitismus?
3. Sind Boykottaufrufe gegen Israel und dessen Bevölkerung im Allgemeinen allein eine strategische Frage?
4. Sind Boykottaufrufe, die pauschal alle israelischen Staatsbürger*innen – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – treffen, mit dem rechtsstaatlichen Grundsatz, dass Sanktionen nur diejenigen treffen, die sie auch zu verantworten haben, vereinbar?
5. Wie ist es mit der Wissenschaftsfreiheit vereinbar, wenn die BDS-Bewegung sich gegen die Einreise von Wissenschaftler*innen israelischer Universitäten ausspricht? Sollte sich die HHU dieser Forderung anschließen?
6. Würde sich die Fraktion der Resolution „gegen BDS und jeden Antisemitismus“ der Ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz anschließen?
7. Ist es mit dem Diskriminierungsverbot vereinbar, negative Konsequenzen allein an die Zugehörigkeit einer Person zu einem Staat oder einer Volksgruppe zu knüpfen? Wenn nein, gilt dies entgegen der Auffassung des BDS auch für israelische Staatsbürger*innen?
8. Wie steht die Fraktion allgemein zum Existenzrecht des Staates Israel?

Antwort

Lieber Christian, liebe Eira, lieber Daniel,
gern beantworten wir eure Fragen.

Zu 1.

Der Beschluss wurde durch Mehrheitsbeschluss der HSG gefällt und auf dem Bundeskongress eingebracht. Die Fraktion vertritt diesen Beschluss. Als basisdemokratische HSG ist die Fraktion an ein imperatives Mandat gebunden und vertritt Beschlüsse, die durch Mehrheitsentscheidung in der Gruppe gefällt worden sind.

Zu 2.

Den meisten Punkten stimmen wir zu und halten sie für eine brauchbare Grundlage für die Definition von Antisemitismus, nachfolgend Kritik an drei Punkten der Definition:

„Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten.“

Dieser Punkt ist problematisch, da er auch eine Gleichsetzung zwischen Kritik an Israels jüdischem Kollektivcharakter mit Antisemitismus ermöglicht. Wir schließen uns der kritischen Einschätzung des Soziologen und Antisemitismusforschers Peter Ullrich an der TU Berlin an dieser Stelle an

(https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_2-2019_Antisemitismus.pdf?fbclid=IwAR0909cfLZpNACacBA6SSfgEMMhcwVbPaIdHWL0Ag2t4h0acIEhXeHYjEhA):

„Dies ist zunächst eine korrekte Formulierung zu einem Teilbereich antisemitischer Phänomene. Antisemitismus kann Israel als Camouflage benutzen oder sich in Form antisemitischer Semantiken gegen den Staat Israel als ‚kollektiven Juden‘ richten. Der Satz kann allerdings auch so verstanden werden, dass eine Kritik an Israel, wenn es als jüdisches Kollektiv verstanden wird, antisemitisch ist. Doch die Definition Israels als jüdisch ist Teil der sozialen Realität und kommt in der Selbstdefinition des Staates als jüdischer Nationalstaat, seinen Symbolen, seinem Staatsbürgerschaftsrecht, dem Vertretungsanspruch institutioneller Politik in Israel gegenüber allen Juden und Jüdinnen und schließlich den proisraelischen Positionen vieler jüdischer Organisationen zum Ausdruck. Kritiken an diesem jüdischen Kollektivcharakter und den dadurch implizierten Ausschlussmechanismen sind nicht als solche antisemitisch (vgl. Brumlik 2007).“ (S.13)

„Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.“

Dieser Punkt ist problematisch, da er die legitime Kritik an strukturellem Rassismus im heutigen Israel pauschal unter Antisemitismusverdacht stellt. Israel diskriminiert z. B. seine palästinensischen Bürgerinnen und Bürger anhand einer Reihe von Gesetzen. Die israelische Menschenrechtsorganisation für die Rechte der arabischen Minderheit Adalah listet über 65 israelische Gesetze auf, die Palästinenserinnen und Palästinenser in Israel und den besetzten Gebieten diskriminieren. Die gesetzliche Diskriminierung umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens: Bürgerrechte, politische Partizipation, Boden- und Wohnrechte, Bildungsrechte, religiöse Rechte und viele mehr. Ein institutionalisiertes System der Segregation sichert die gesetzliche Diskriminierung zusätzlich. Israel vergibt keine israelische Nationalität an seine Staatsbürgerinnen und -bürger. Stattdessen unterteilt der Staat die Nationalitäten seiner Bürger in „Juden“, „Araber“, „Drusen“ und andere. Vor diesem Hintergrund ist auch das im Juli 2018 verabschiedete Nationalstaatsgesetz zu verstehen, das proklamiert, das „Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staate Israel steht alleine dem jüdischen Volk zu“. Die Kritik an diesem strukturellen Rassismus in Israel ist nicht antisemitisch.

Auch hier schließen wir uns daher der Einschätzung des Antisemitismusforschers Peter Ullrich an:

„Anders zu bewerten sind universalistische (säkulare oder antinationale) Kritiken an einer auf jüdischer Identität gründenden Nationalbewegung (Kritiken, die es seit jeher beispielsweise in der Arbeiter*innenbewegung, auch und nicht zuletzt unter nicht-zionistischen Juden und Jüdinnen, gegeben hat und gibt) oder jüdische, religiös begründete Distanz zum Zionismus und Kritiken an Aspekten des Zionismus, die als rassistisch eingestuft werden können. Dazu gehören beispielsweise die exklusiv-jüdische Besiedlungspolitik, die Politik der vor allem Araber*innen ausschließenden ‚hebräischen Arbeit‘

im Mandatspalästina oder gegenwärtige Ausschlusspraktiken gegenüber palästinensischen Staatsbürger*innen Israels, Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten oder auch nicht-jüdischen Migrant*innen, insbesondere afrikanischen Geflüchteten. Ohne weitere Kontextualisierung würde die oben genannte Formulierung bestimmte Haltungen zu Israel per Definition aus dem Spektrum des Sagbaren ausschließen und post- bzw. antinationale Standpunkte als antisemitisch definieren. Derartige Vorwürfe werden häufig gegenüber Vertreter*innen einer binationalen Lösungsvision des Nahostkonflikts geäußert (die ein Ende eines sich als jüdisch verstehenden Staates impliziert). Damit wird in Bezug auf Israel ein doppelter Standard in einem anderen Sinne als dem sonst diskutierten geschaffen.¹⁷ Doch die Diskussion beispielsweise über den Zusammenhang von Rassismus und Nationalstaatlichkeit ist eine globale, die selbstverständlich auch in Bezug auf Israel geführt werden kann.“ (S.14)

„Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.“

„Das angebotene Unterscheidungskriterium ist andererseits unklar und lässt einen anwendbaren Maßstab vermissen. Meist wird damit argumentiert, dass Israel besonders häufig und vehement kritisiert wird.¹⁸ Inwiefern lassen sich aber Kritik und die Häufigkeit ihrer Äußerung angesichts sehr unterschiedlicher Charakteristika der Kritisierten als «vergleichbar» betrachten? So wird man andere demokratische Länder, die nirgendwo Besatzungsmacht sind, auch nicht für eine seit Jahrzehnten andauernde Besatzungspolitik kritisieren. Insofern die erhöhte Aufmerksamkeit für Israel ihre Ursache im Völkermord an den europäischen Juden und Jüdinnen und den darauf reagierenden Versuchen der nationalen Entlastung durch Täter-Opfer-Umkehr hat, ist sie als antisemitisch zu klassifizieren. Zweifelsohne aber hat die erhöhte Aufmerksamkeit für Israel in Medien und Politik auch andere, teils abgeleitete, Gründe. Auch die besondere Geschichte (und Gegenwart) Israels und die weltpolitische Bedeutung des Nahostkonflikts erhöhen die Thematisierungswahrscheinlichkeit (zumal aus deutscher Perspektive) und somit auch die Wahrscheinlichkeit einer Ungleichverteilung der Kritik im Vergleich zu anderen Ländern. Der Erläuterungssatz ist ebenso wie das invers argumentierende Beispiel 8 in seiner impliziten moralischen Forderung der Anwendung universeller Maßstäbe zu begrüßen. Diese Forderung wird aber faktisch universell (also auch bei Konflikten, die keinerlei Verbindung zu Antisemitismus oder Israel haben) nicht eingehalten, da die meisten politischen Akteure eingeschränkte thematische, regionale und andere Interessenschwerpunkte haben. Einseitigkeit, die Betrachtung aus einer bestimmten Perspektive, doppelte Standards und Ähnliches sind kein hinreichendes Kriterium für die Identifizierung von spezifisch antisemitischen Deutungen.¹⁹“ (S. 14)

Außerdem ist der Ursprung des 3-D Tests kritisch zu sehen: Er wurde vom ehemaligen Likud- Abgeordnete Natan Scharanski ausgedacht. Scharanski ist unter anderem für eine Werbekampagne gegen »Rassenvermischung« bekannt, die er als Vorsitzender der Jewish Agency führte. In dieser Kampagne, die in den USA lief, diffamierte er jüdische Menschen, die nicht-jüdische Menschen lieben oder heiraten, als „verloren“. Scharanski, der für seinen Aktivismus gegen schwarze Geflüchtete und Jüd*innen benannt ist, veröffentlichte 2008 das Buch »Defending Identity«, in dem er im Stile der faschistischen Identitären Bewegung (IB) weltweit für mehr Nationalismus aufgrund von religiösen und ethnischen Unterschieden aufruft und den »postmodernen Relativismus und Marxismus« beklagt, die er als Bedrohung für identitäre Projekte sieht.

Scharanskis 3D-Definition selbst wird von progressiven jüdischen Gruppen als Vernichtung der „Bedeutung und Wichtigkeit des Antisemitismus, der für unsere Familienmit-

gliedert mörderische Formen angenommen hat“ angesehen.

Zu 3.

Wir bestreiten nicht, dass es auch antisemitisch motivierte Boykottaufrufe gegen Israel geben kann. Zu einer strategischen Frage werden sie jedoch für progressive Akteure, welche Boykottaufrufe gegen Israel als ein Mittel sehen, um Israel zu einer Abkehr seiner völkerrechtswidrigen Siedlungs- und Besatzungspolitik zu bewegen und sich für ein demokratisches und friedliches Miteinander zwischen Jüd*innen und Araber*innen einsetzen.

Zu 4.

Ziel der Boykottaufrufe und der geforderten Sanktionen der BDS-Kampagne ist es, größtmöglichen Druck auf die israelische Regierung auszuüben, um die rechtsstaatliche Gleichstellung der Palästinenser*innen zu erwirken. Dass diese auch alle israelischen Staatsbürger*innen unabhängig ihrer politischen Ausrichtung treffen können, liegt in der Natur der Sache, kann man aber natürlich kritisieren. Hierzu haben wir als SDS Düsseldorf keine abschließende Meinung. Wir wehren uns aber gegen die pauschale Unterstellung, die von BDS geforderten Boykottaufrufe und Sanktionen gegen Israel seien antisemitisch und eine Rechtfertigung für staatliche Repressionen gegen BDS.

Images (Rebranding) mitzuwirken, unterliegt sie dem institutionellen Boykott, zu dem die BDS-Bewegung aufruft.

Die simple Mitgliedschaft in einer israelischen Hochschuleinrichtung stellt folglich keine Grundlage dar, einen Boykott zu praktizieren.

Während die akademische Freiheit der Einzelnen im Kontext des akademischen Boykotts vollständig und lückenlos zu respektieren ist, können individuelle AkademikerInnen, ob israelischer oder anderer Herkunft, nicht davon bewahrt werden, im Namen des „gesunden Menschenverstands“ (jenseits des Geltungsbereichs der PACBI-Kriterien für institutionellen Boykott) boykottiert zu werden, wenn Menschen mit Gewissen irgendwo in der Welt in Reaktion auf etwas, was weithin als krasse persönliche Komplizenschaft, Verantwortung oder Rechtfertigung von Völkerrechtsverletzungen empfunden wird (etwa die direkte oder indirekte Beteiligung an der Verübung von Kriegsverbrechen oder anderen schweren Menschenrechtsverletzungen; den Aufruf zu Gewalt; rassistische Beleidigungen etc.), zu einem Boykott aufrufen. Auf dieser Ebene sollten die israelischen AkademikerInnen nicht automatisch von berechtigter Kritik oder anderen Formen des legalen Protests einschließlich Boykott verschont werden; sie sollten so behandelt werden wie alle, die ähnliche Taten begehen, nicht besser und nicht schlechter. Dies steht in Einklang mit der universellen Menschenrechtserklärung, auf die sich die Prinzipien der BDS-Bewegung stützen.

Zu 6.

Nein, denn aus denselben Gründen, die ihr euren Fragen voranstellt, (Gleichsetzung von Kritik mit Antisemitismus) schließen wir uns der Resolution nicht an. Siehe auch 2. Zur IHRA- Definition.

Zu 7.

Siehe 4.

Zu 8.

Die Fraktion steht positiv zum Existenzrecht Israels.

Mit freundlichen Grüßen

Eure SDS-Fraktion

Beschlüsse

Beschluss 2019/20-13.01: Personal

Folgende Personen sind auf Referatsstellen bestätigt worden:

Das Studierendenparlament hat gemäß § 23 Absatz 3 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung die folgenden Personen auf eine Stelle in einem Referat bestätigt:

Name	Stellenbezeichnung	AE	Laufzeit
Julia K.	Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	A3 (200 EUR)	01.08.20 bis Ende der Amtszeit

Das Studierendenparlament hat gemäß § 24 Absatz 2 der Satzung in Verbindung mit § 23 Absatz 3 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung die folgenden Personen auf eine Projektstelle bestätigt:

Name	Stellenbezeichnung	Zuordnung	AE	Laufzeit
Arian A.	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	200 EUR	01.08.20 bis 31.10.20
Lisa H.	Semesterkalender	Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	200 EUR	01.08.20 bis 30.09.20
Alena P.	Verwaltung	Fachschaftenreferat	150 EUR	01.08.20 bis 31.12.20

Das Studierendenparlament hat gemäß § 21 Absatz 5 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung die Aufwandsentschädigung folgender Personen auf Stellen in Autonomen Referaten bestätigt:

Name	Referat	AE	Laufzeit
Sarah F.	Fachschaftenreferat	3/4 A3 (150 EUR)	01.08.20 bis Ende der Amtszeit

Beschluss 2019/20-13.02: Raumnotstand des Referates für Barrierefreiheit

Das Studierendenparlament hat gemäß § 14 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung als Dauerbeschluss auf 10 Jahre beschlossen, dass das Referat für Barrierefreiheit und das Frauenreferat den Raum 25.23.U1.56 gemeinsam nutzen. Diese Übergangslösung gilt bis zum 28. Februar 2021, sofern bis dahin keine gemeinsame, langfristige Lösung zwischen den autonomen Referaten und dem AStA-Vorstand gefunden werden sollte. Tritt dieser Fall ein, so wird der Raum alleinig dem Frauenreferat zur Verfügung gestellt. Teil dieser Lösung soll auch sein, dass der AStA-Flur generell so barrierefrei, wie im Rahmen der baulichen Möglichkeiten möglich, gestaltet wird.

Beschluss 2019/20-13.03: Neufassung der Geschäftsordnung

Das Studierendenparlament hat gemäß § 14 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung beschlossen, dass die Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes gemäß der Anlage neu gefasst wird.

§ 47 Absatz 2 ist zudem wie folgt zu kommentieren:

Die Ordnung des Parlamentes ist insbesondere verletzt, wenn Personen gegen Regelungen der Geschäftsordnung oder geschäftsordnungsgleiche, parlamentarische Gewohnheiten verstoßen, deren Befolgung nach den im Parlament herrschenden Anschauungen als Vorbedingung einer nützlichen, die Arbeit der Studierendenschaft fördernden Beratung der MdSP und als Grundlage der innerparlamentarischen Zusammenarbeit gelten. Die Würde des SP ist insbesondere verletzt, wenn das Verhalten von Personen objektiv geeignet ist, der demokratischen Legitimation in der Studierendenschaft Schaden zuzufügen.

Beschluss 2019/20-13.04: Verlängerung der Rückmeldefrist

Das Studierendenparlament hat gemäß § 14 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung beschlossen, dass der AStA-Vorstand sich beim Rektorat dafür einsetzt, die Rückmeldefrist für das Wintersemester 2020/21 soweit wie möglich, beispielsweise bis zum 31.10.2020, zu verlängern.

Sollte eine Verlängerung der Rückmeldefrist nicht möglich sein oder die Rückmeldefrist bis spätestens dem 15.9. liegen, so muss sich der AStA-Vorstand für einen Erlass der Mahngebühr einsetzen.

Der AStA wird darüber hinaus aufgefordert, sich unverzüglich dafür einzusetzen, dass die Studierenden über das Studierendenportal und über eine E-Mail an alle Studierenden auf die Möglichkeit eines Darlehens von der Studierendenschaft für die Leistung des Sozialbeitrages und auf die Möglichkeit der Rückerstattung des Semesterticketsbeitrages hingewiesen werden.

Beschluss 2019/20-13.05: Wahl einer studentischen Vertretung in die Arbeitsgruppe Online-Wahlen

Das Studierendenparlament hat gemäß § 9 Absatz 2 Alternative h und § 12 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung

Herrn Daniel L.

als Vertreter der Studierendenschaft in die Arbeitsgruppe Online-Wahlen der Universität gewählt.

Beschluss 2019/20-13.06 Wahl einer studentischen stellvertretenden Vertretung in die Arbeitsgruppe Online-Wahlen

Das Studierendenparlament hat gemäß § 9 Absatz 2 Alternative h und § 12 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung

Herrn Christian B.

als stellvertretenden Vertreter der Studierendenschaft in die Arbeitsgruppe Online-Wahlen der Universität gewählt

Beschluss 2019/20-13.07 Änderung der Regelungen für die Mailverteiler des SP unter Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06

Das Studierendenparlament hat gemäß § 14 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung als Dauerbeschluss auf 10 Jahre beschlossen:

A. Aufhebung des Beschlusses 2017/18.11-06

Der Beschluss 2017/18.11-06 „Regelungen für sp-intern und sp-offen“ wird aufgehoben.

B. Regelungen für die Mailverteiler des SP

1. Das Präsidium des SP ist für die Mailverteiler sp-intern und sp-offen, sowie für die Mailverteiler der Ausschüsse und Arbeitskreise zuständig. Aufgabe des Präsidiums ist die Pflege, Kontrolle und Moderation der Verteiler.

2. In sp-intern und in den Mailverteilern der Ausschüsse und Arbeitskreise dürfen nur offizielle HHU-Mailadressen eingetragen werden.

3. Mitgliedsberechtigt für sp-intern sind: Die ordentlichen und stellvertretenden Md-SP, der Vorsitz des Rechtsausschusses, sowie die Funktions-E-Mailadressen des SP-Präsidiums und des AStA-Vorstandes.

4. In den Mailverteiler sp-offen sind vom Präsidium einzutragen: Die Vorsitzenden der Ausschüsse und Arbeitskreise und die Funktions-E-Mailadressen des Finanzreferates, der Buchhaltung und des Sekretariats.

5. Mitgliedsberechtigt für die Mailverteiler der Ausschüsse und Arbeitskreise sind: Die ordentlichen, stellvertretenden und beratenden Mitglieder des Ausschusses bzw. des Arbeitskreises und die Funktions-E-Mailadressen des SP-Präsidiums und des AStA-Vorstandes. Für den Mailverteiler des Haushaltsausschuss ist außerdem die Funktions-E-Mailadresse des Finanzreferates berechtigt.

C. Aufnahme als Anhang der Geschäftsordnung

Die Regelungen des Abschnitts B sind als Anhang mit dem Titel „Regelungen für die Mailverteiler des SP“ der jeweiligen konsolidierten Lesefassung der Geschäftsordnung des SP hinzufügen ohne Bestandteil der Geschäftsordnung zu sein.

Beschluss 2019/20-13.08 Finanzierung Sicherheitskräfte

Das Studierendenparlament hat gemäß § 14 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung beschlossen, dass eine Webcam, ein Mikrofon, sowie Zubehör in Höhe von bis zu 450 EUR für die Studierendenschaft angeschafft wird. Vor der Beschaffung ist über die anzuschaffenden Geräte Einvernehmen mit dem Präsidium herzustellen.

Die Geräte sind vorrangig für Livestreams des SP, seiner Ausschüsse und des Rechtsausschusses zu verwenden, nachrangig können die Geräte auch vom AStA für seine Veranstaltungen genutzt werden.

Beschluss 2019/20-13.09 1 Standdrucker für den AStA-Flur

Das Studierendenparlament hat gemäß § 14 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung beschlossen, dass für das Leasen eines Standdruckers für den Zeitraum von 60 Monaten eine Summe von bis zu 270,00 EUR pro Monat zur Verfügung gestellt wird.

Beschluss 2019/20-13.10 2 Tischdrucker für den AStA

Das Studierendenparlament hat gemäß § 14 und § 49 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung beschlossen:

1. Für die Anschaffung zwei kleiner Drucker für den Vorstand und das Fachschaftenreferat werden bis zu 900 EUR zur Verfügung gestellt.

2. Für diese beiden Geräte wird ein Wartungsvertrag für monatlich 18,50 EUR pro Gerät für eine Laufzeit von 5 Jahren zur Verfügung gestellt.

Beschluss 2019/20-13.11 2 Tischdrucker für den AStA

Das Studierendenparlament hat gemäß § 14 und § 49 der Satzung und den Regelungen seiner Geschäftsordnung beschlossen, dass dem AStA 4.250,00 EUR für die Buchung eines 50 Stundenpakets für die Dienstleistung „Externer Datenschutzbeauftragter“ der ecomit GmbH zur Verfügung gestellt werden (entspricht 85,00 EUR/h). Dieses Stundenpaket baut auf der monatlichen Mindestvergütung gemäß § 8 Abs. 1 Sätze 6 und 7 des Vertrages mit der ecomit GmbH vom 16. Mai 2019 über die Bereitstellung eines externen Datenschutzbeauftragten auf.

Düsseldorf, den 7. August 2020

Christian Bruns
Sitzungsleitung

Daniel Laps
Protokollführung